Aus der
Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg.
Max Duncker im Briefwechsel mit Karl Klüpfel, A. L. Reyscher, Hermann Reuchlin und W. L. Holland 1859—1871.

Von Walter Grube.

Seit den Tagen des jungen Paul Pfizer ist der Gedanke einer deutschen Einigung unter Preußens Führung in kleinen Kreisen Württembergs immer lebendig gewesen. Nachdem er während der Revolution von 1848/49 in der Tätigkeit der Rümelin, Robert Mohl, D. Fr. Strauß, Albert Schwegler und anderer einen Höhepunkt seiner Wirksamkeit erreicht hatte, schien er freilich mit Olmütz und mit dem Einzug der Reaktion seine werbende Kraft verloren zu haben. Seine Anhänger erfreuten sich zudem nicht der Gunst des Herrscherhauses wie die Gesinnungsgenossen in dem benachbarten Baden. Auch vermochten preußisch-kleindeutsche Einflüsse der Art, wie sie in München durch die preußischen Historiker Ranke und Sybel auf die innerlich unsichere Natur des Königs Max wirkten [1]), am Stuttgarter Hof nicht aufzukommen. Unter den mittelstaatlichen Herrschern besaß die Einheitsbewegung keinen schärferen und keinen bedeutenderen Gegner als den alten König Wilhelm I. von Württemberg.

Bei dieser Ungunst der Lage mußte für die Verfechter der „preußischen Lösung" in Württemberg mehr noch als in anderen Mittelstaaten die Verbindung mit den Gesinnungsgenossen außerhalb des engeren Heimatlandes von besonderem Wert sein. Aus der die dynastischen und die Stammesgrenzen überspringenden Gemeinsamkeit des politischen Wollens schöpften sie die Kraft, die sie dem behördlichen Druck

---

1) Eugen Franz, König Max II. von Bayern und seine geheimen politischen Berater. Zeitschr. für bayer. Landesgeschichte Jahrg. 5 (1932), S. 230 ff. Alfred Dove, Ranke und Sybel in ihrem Verhältnis zu König Max, München 1895, S. 23 f.

der legitimen Gewalten und dem Partikularismus ihrer Umwelt widerstehen ließ.

Die Anfänge dieses Zusammenwachsens in den fünfziger Jahren knüpfen sich meist nicht an die bekannten Namen, die nach 1866 den Gedanken der preußischen Lösung in Württemberg zum Siege führten. Die geistigen Wegbereiter der Deutschen Partei wirkten vielfach in der Stille der Gelehrtenstube, wenig beachtet und lange Jahre ohne das Mittel einer festen Organisation. Wie früh sich ihre politische Anschauung bildete, wie fest sie sich allen Widerständen zum Trotz behauptete, tritt uns klar entgegen in dem Umgang und Briefwechsel einiger Persönlichkeiten aus diesem Kreise mit einem Manne, der der württembergischen Einheitsbewegung in den ersten Jahren ihrer Wiedererstehung nach 1850 wesentlich Stütze und Antrieb gewesen ist — im Briefwechsel mit Max Duncker, dem alten Führer der Erbkaiserlichen in Frankfurt, Gotha und Erfurt.

Die Bedeutung Württembergs für die Beziehungen, die Duncker mit den Parteifreunden in allen deutschen Landen unterhielt, tritt in der Biographie Hayms [2]) und in der Briefpublikation aus dem Nachlaß [3]) nicht sonderlich hervor. Deutlicher wird sie auf Grund der Teile des Nachlasses, die ihres vorwiegend landesgeschichtlichen und örtlichen Inhalts wegen in jener Veröffentlichung keinen Platz fanden, und auf Grund der Briefe von Duncker selbst, die im Nachlaß naturgemäß fehlen [4]).

Im Mittelpunkt dieses sich über etwa ein Jahrzehnt erstreckenden politischen Gedankenaustausches stehen zunächst die durch den italienischen Krieg hervorgerufenen Probleme. Aus ihnen erwächst, alles überschattend, die deutsche Frage. Für ihre Spiegelung in der württember-

2) Rudolf Haym, Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.

3) Max Duncker, Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, hrsg. von Johannes Schultze. Stuttgart und Berlin 1923 (Zitiert: Dunckerbriefwechsel).

4) Die Briefe Dunckers an Reyscher und Hermann Reuchlin verwahrt die Landesbibliothek Stuttgart (Cod. hist. Fol. 767. Fasz. XIII und Cod. hist. Fol. 815. Fasz. V), die an Schwegler, Klüpfel und Holland die Universitätsbibliothek Tübingen (Md 753, Md 756, Md 504). Die Gegenbriefe befinden sich im Preuß. Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem (Rep. 92. Duncker Nr. 63, 63a, 71, 100, 101). Die beiläufig zitierten Briefe Dunckers an Konstantin Rößler und Karl Mathy liegen im Reichsarchiv Potsdam. Den genannten Instituten und Fräulein E. Rößler danke ich auch an dieser Stelle für die Erlaubnis zur Einsichtnahme und Veröffentlichung, desgleichen der Württ. Archivdirektion für die Erlaubnis zur Benutzung der Kabinettsakten. — Im Abdruck ist die Rechtschreibung der Briefe modernisiert.

gischen Öffentlichkeit bieten die neuerschlossenen Briefe Ergänzungen zu der grundlegenden Darstellung von Rapp[5]). Daneben sind die Briefe der Württemberger von Interesse für die innere Landesgeschichte, während aus den Briefen des stets gut informierten Duncker das Bild der amtlichen deutschen Politik Preußens manche Aufhellung erfährt.

Wie die Briefpublikationen aus jenem Zeitalter der „Gelehrtenpolitik" durchweg zeigen, besaß die briefliche Form der Nachrichtenübermittlung und der Propaganda damals angesichts der unfertigen Ausbildung des Pressewesens und des Parteilebens eine wesentlich stärkere Bedeutung als etwa seit der Reichsgründung. So reicht auch die Breitenwirkung des vorliegenden Briefwechsels über den beschränkten Kreis der unmittelbar daran Beteiligten beträchtlich hinaus. Die Briefe Dunckers gingen vielfach unter den Tübinger Professoren und Stuttgarter Politikern von Hand zu Hand; manche trugen sogar bewußt ostensiblen Charakter. Und ebenso fanden die an Duncker gerichteten Schreiben der Württemberger innerhalb der preußischen Regierung und in Berliner politischen Kreisen rege Verbreitung. Gestützt wurde die briefliche Wechselwirkung durch den lebhaften Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und politischen Broschüren.

Von den etwa 200 erhaltenen und zugänglichen Briefen kommt eine Auswahl besonders charakteristischer Stücke unten zum Abdruck. Die übrigen sind für die einleitende Darstellung verwertet. Diese soll weder den Briefwechsel in allen Einzelheiten erläuternd begleiten noch die darin berührten Fragen erschöpfend behandeln; sie beschränkt sich darauf, die Persönlichkeiten der Briefschreiber zu charakterisieren und ihre Stellungnahme an den Wendepunkten von 1859, 1866 und 1870 aufzuzeigen.

* * *

Als mit Fallatis Tod (1855) das Tübinger Ordinariat für Geschichte und Politik erledigt war, gelang es Rümelin als Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens, seinem politischen Gesinnungsgenossen Duncker an der württembergischen Landesuniversität einen seiner Fähigkeiten würdigen Wirkungskreis zu verschaffen. Bis dahin hatte Duncker an der Universität Halle nur als Extraordinarius gewirkt, da ihm die preußische Reaktion aus politischen Gründen die Anstellung versagte. Etwaige Bedenken des Königs gegen den politischen

5) Adolf Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871. Stuttgart 1910.

Standpunkt des neuen Professors hatte Rümelin durch den Hinweis zu entkräften gewußt, daß „die dermalige ständische Opposition in Preußen eine streng monarchische und nach unserem süddeutschen Maßstab konservative Haltung“ einnehme[6]).

Mit dem Tübinger Boden betrat Duncker Neuland. Zwar hatte er einst von Halle aus mit Albert Schwegler im Briefwechsel gestanden und diesen bei der politischen Ausgestaltung seiner „Jahrbücher der Gegenwart“ beraten[7]). Die Jahrbücher waren jedoch dem Jahr 1848 zum Opfer gefallen. Schwegler selbst war soeben gestorben. So hieß es für Duncker, in völlig fremdem Grund Wurzel zu schlagen. Unter den in Tübingen und von Tübingen aus neugeknüpften wissenschaftlichen und politischen Beziehungen, die Haym so meisterhaft und liebevoll geschildert hat[8]), interessieren hier in erster Linie die zu Karl Klüpfel, zu Hermann Reuchlin, zu Wilhelm Ludwig Holland und zu August Ludwig Reyscher.

Das Buch des Tübinger Historikers und Bibliothekars Klüpfel über die deutschen Einheitsbestrebungen[9]) hatte einige Jahre zuvor Zeugnis davon gegeben, daß die borussisch-protestantische Auffassung des Einheitsproblems, wie sie gleichzeitig in Droysens Geschichte der preußischen Politik machtvoll Gestalt anzunehmen begann, auch innerhalb der schwarz-roten Grenzpfähle wirksam war. Begreiflich, daß in Stuttgart derartige Versuche einer wissenschaftlichen Unterhöhlung der mittelstaatlichen Souveränitätsansprüche übel vermerkt wurden. Kein Geringerer als König Wilhelm selbst hatte seinerzeit eine Maßregelung gegen Klüpfel eingeleitet und zu diesem Zweck den damaligen Kultminister von Wächter-Spittler mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die staatsgefährdende Schrift beauftragen lassen. Da Wächters Gutachten unter Betonung der konservativen Elemente des Buches sich eindringlich gegen eine Maßregelung aussprach, die den Verfasser nur zum Märtyrer stempeln werde[10]), nahm der König zwar davon Abstand, ließ aber den Kultminister wissen, daß er Leute wie Klüpfel

6) Anbringen des Kultministeriums an den König, 1. Juni 1857, Ausf. (St.A. Stuttgart. Kabinettsakten IV, 158. 20. 1034).

7) z. B. Duncker an Schwegler, 5. Okt. 1846.

8) Haym a. a. O. S. 176 ff.

9) Karl Klüpfel, Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang dargestellt. Leipzig 1853.

10) Schreiben Wächters an Staatsrat Maucler, 10. Juni 1853, Ausf. (St.A. Stuttgart. Kabinettsakten IV, 158. 20. 1037).

„jedenfalls für schlechte Untertanen und schlechte Württemberger halten müsse“ [11]). Dem so Gebrandmarkten stand als Universitätsbibliothekar nicht der bisweilen beträchtliche politische Wirkungskreis eines Universitätslehrers offen; daß er ihm dauernd verschlossen blieb, lag nicht zuletzt in jenem politisch mißliebigen Standpunkt begründet [12]). Gleichwohl hielt Klüpfel durch alle Schwankungen der deutschen Verhältnisse an der Vorliebe für Preußen fest, die ihn als Knaben schon gepackt hatte. Aus der Frühzeit der Einheitsbewegung in Württemberg ist seine unermüdliche publizistische Arbeit nicht wegzudenken, wiewohl er zu einer Tätigkeit an sichtbarerer Stelle, im Landtag oder in der Deutschen Partei, nie gelangt ist. Im Hause dieses klugen Mannes wurde Duncker jetzt fast täglicher Gast.

Dem Kreise Klüpfels gehörte Hermann Reuchlin an, der eben damals von der Tübingen benachbarten Pfarrei Pfrondorf nach Stuttgart übersiedelte. Reuchlins Bekanntschaft mit Duncker wurde ebenfalls bedeutsam für die politische Formung des schwäbischen Geisteslebens. Als bahnbrechender Bearbeiter italienischer Geschichte des 19. Jahrhunderts war Reuchlin einer der ersten, denen die Entwicklung der italienischen Einheitsbewegung für die Lösung der deutschen Frage beispielhaft wurde. Daß Preußen die deutsche Frage auf einem dem Cavourschen verwandten Wege lösen müsse, dafür hat er, der alte Tübinger Burschenschafter, durch seine wissenschaftliche Leistung wie durch politische Aufsätze rastlos geworben. Die Preußischen Jahrbücher zählten ihn neben Klüpfel zu ihren treuen Mitarbeitern in Schwaben. In den Vordergrund der Tagespolitik ist er freilich so wenig getreten wie Klüpfel [13]).

Enge Freundschaft verband Duncker ferner bald mit dem Philologen Holland. Der etwas wunderliche, zurückgezogen lebende Gelehrte war eine unpolitische Natur und als Einziger aus diesem Kreis im Umgang mit Duncker wesentlich der Empfangende; aber er hielt unbedingt an den politischen Anschauungen und Bestrebungen des bewunderten Freundes fest und war so eine stets zuverlässige Stütze der an Preu-

11) Note des Kabinetts an Kultminister Wächter, 14. Juni 1853, Konz. (St.A. a. a. O.).

12) Dieser von Schneider in Allg. Deutsche Biogr. Bd. 51, S. 244 f. angedeutete Zusammenhang darf angesichts der oben dargestellten Haltung des Königs als gesichert gelten.

13) Wilhelm Lang, Von und aus Schwaben, H. 2, Stuttgart 1885, S. 90 ff. Allg. Deutsche Biogr. Bd. 28, S. 280 ff

ßen orientierten Gruppe, zu der unter den Jüngeren etwa noch Robert Römer, Christoph Sigwart und Julius Weizsäcker gehörten.

Von Cannstatt aus, wo er nach der erzwungenen Aufgabe seines Lehramts lebte, fand sich gelegentlich Reyscher bei Duncker in Tübingen ein. Als Schwiegersohn Dahlmanns war Reyscher, auch er Tübinger Burschenschafter, mit den Gedanken der alten Erbkaiserlichen aufs engste verwachsen. Die Bekanntschaft mit diesem politisch Aktivsten aus Dunckers Tübinger Kreis sollte bald nicht ohne Einfluß auf die Vorgeschichte und Entwicklung der Deutschen Partei in Württemberg bleiben.

Zunächst freilich war von Politik in dem stillen Tübingen der fünfziger Jahre nicht viel die Rede. Duncker mußte sich darauf beschränken, im Hörsaal Politik zu treiben. Er durfte sich dabei wachsender Erfolge erfreuen; seine Vorlesung über Geschichte der neuesten Zeit (1815—50) war eine der bestbesuchten an der ganzen Universität [14]). Bald wußte Rümelin dem König das umfassende Wissen, den großen Verstand, die praktische Fähigkeit, die gute Redegabe und das bedeutende publizistische Talent des neuen Professors zu rühmen; er habe den von ihm gehegten Erwartungen in solchem Maße entsprochen, daß er mit Recht „zu den geschätztesten Lehrern und zu den Zierden der Universität" gerechnet werde [15]).

Im Innersten jedoch blieb Duncker von allen Lehrerfolgen unbefriedigt; unter den „politischen Professoren" des 19. Jahrhunderts stand er, wie man gesagt hat [16]), der Politik am nächsten. Als ihm mit der „Neuen Aera" in Preußen beim Beginn des italienischen Krieges (Frühjahr 1859) die Stelle des Pressechefs im Berliner Staatsministerium angeboten wurde, vertauschte er die wissenschaftliche Muße Tübingens mit dem politischen Kampf in Berlin. An seine Berufung knüpften die Tübinger Freunde große politische Hoffnungen. Tauchte doch in der kriegerischen Entladung der europäischen Krise plötzlich die ungeahnte Möglichkeit auf, die deutsche Frage im Sinne der Erbkaiserlichen erneut aufzurollen. In diesem Augenblick konnte die Wirksamkeit Dunckers im Geiste der Einheitsbewegung an einer so einflußreichen Stelle von entscheidender Bedeutung werden, von Bedeutung auch dafür, in welchem Umfang der Süden an der Neugestaltung Anteil nehmen

---

14) Staatsanzeiger für Württemberg, 7. Dez. 1858, Nr. 287.

15) Anbringen des Kultministeriums an den König, 23. April 1859, Ausf. (St.A. Stuttgart, Kabinettsakten IV, 158. 20. 1034).

16) Dunckerbriefwechsel, Einleitung S. XV.

würde. Denn in sein neues Amt brachte Duncker aus dem Tübinger Leben Eines mit, was seinen Vorgesetzten und den meisten seiner politischen Freunde im Norden abging: die gründliche Kenntnis süddeutscher Art und Anschauung, die Vertrautheit mit den parteipolitischen Kräfteverhältnissen Schwabens, die persönliche Bekanntschaft von Männern, die als geistiger Vortrupp des Einheitsgedankens in Württemberg gelten konnten. Über die Stimmung im Lande ward er durch sie ständig auf dem laufenden gehalten.

Es war Duncker von vornherein klar, daß die „moralischen Eroberungen", die der preußische Prinzregent zu seinem deutschen Programm erhoben hatte, eine geschicktere Taktik erforderten, als sie vom Ministerium Schleinitz und von der Berliner ministeriellen Presse geübt wurde. Noch von Tübingen aus hatte er Konstantin Rößler und Haym, die preußischen Freunde, gescholten, weil sie den süddeutschen Kundgebungen für den gesamtdeutschen Krieg gegen Napoleon die kalte Schulter zeigten. Die württembergische Erbitterung über Preußens „Perfidie" erschien ihm angesichts der undurchsichtigen Berliner Politik nicht unverständlich, und die publizistischen Fehlgriffe im Norden fand er „ganz unglaublich" [17]. Vielleicht überschätzte er die Gefahr, daß der Süden sich Österreich in die Arme werfen werde, falls ihm nicht von Preußen gegen die gefürchtete französische Invasion Hilfe zukäme; jedenfalls sah er für die Einigung des außerösterreichischen Deutschland unter preußischer Führung jetzt nur einen Weg: die preußische Waffenhilfe für Österreich gegen Napoleon und Sardinien. Die Undurchführbarkeit dieser Politik erkannten außer Bismarck damals bekanntlich nur wenige. Dem nachdenklichen Klüpfel entging es freilich nicht, daß gerade die von Duncker vertretene preußische Interventionspolitik die Erhaltung Österreichs in seiner europäischen Machtstellung zur Folge haben müsse [18].

Dunckers Bestreben, das Berliner Ministerium durch den süddeutschen Druck zum Kriege zu treiben und die Süddeutschen gleichzeitig für den preußischen Oberbefehl in diesem Kriege zu gewinnen, war eine Politik auf eigene Faust. Sie stand und fiel mit dem Erfolg seiner Propagandaarbeit im Süden, aus der die unten abgedruckten Briefe einige Ausschnitte zeigen. Allein eben der Erfolg blieb in Württemberg aus, im Gegensatz etwa zu Teilerfolgen in Bayern [19]. Für Dunckers eigenste

17) Duncker an Rößler, 10. März 1859; Duncker an Mathy, 3. April 1859.

18) Vgl. den unten abgedruckten Brief Klüpfels an Duncker vom 2. Juli 1859.

19) Z. B. die Zusammenarbeit mit Braters „Bayerischer Wochenschrift", später der „Süddeutschen Zeitung". Vgl. Schultze, Eine preußische Zeitungsgründung

Tätigkeit, die Pressepropaganda, war es kein gutes Zeugnis, daß der Schwäbische Merkur jetzt jede Verbindung zu den Agenten des nach Elbens Meinung „unreformierbaren" Berliner Preßbüros abbrach[20]. Nur teilweise gelang es Reuchlin, Elben im Sinne Dunckers zu beeinflussen. Von moralischen Eroberungen Preußens war, wie auch der ehemalige Märzminister Friedrich Römer versicherte, nichts zu spüren[21]. Erst allmählich fand die zögernde preußische Politik bei einzelnen ein günstigeres Echo. Die von Julius Hölder, dem späteren Führer der Deutschen Partei, verfaßte Stuttgarter Erklärung für preußischen Oberbefehl und Änderung der Bundesverfassung ist dafür bezeichnend. Die Zustimmung im Lande war in demokratischen Kreisen beachtlich[22], entsprach aber nicht den Erwartungen[21]. Schon aus taktischen Gründen versagte sich ein so überzeugter Anhänger Preußens wie Klüpfel dieser Art von Propaganda[23]. Der bescheidene Gewinn an preußischen Sympathien verflog, als der überraschende Friedensschluß von Villafranca (11. Juli 1859) die Hoffnungen auf eine rasche Lösung der deutschen Frage jäh zerbrach. Eine Woge des Preußenhasses durchlief den ganzen Süden; in Württemberg war auch unter den Freunden Preußens die Verwirrung und der Eindruck einer versäumten großen Gelegenheit allgemein.

Wie sich dann aus der scheinbaren Niederlage Preußens die Forderung nach Bundesreform im preußischen Sinne um so entschiedener erhob, ist oft genug dargestellt worden[24]. Die Württemberger hielten sich dieser Strömung, die in der Gründung des Nationalvereins (15. Sept. 1859) mündete, zunächst fern. Mit Ausnahme Reyschers, der den Nationalverein mitbegründete und bald eine führende Stelle darin

in München. Deutsche Rundschau Bd. 192, S. 25 ff.; Raumer, Eine preußische Zeitungsgründung in München. Deutsche Rundschau Bd. 203, S. 150 ff.; Haym a. a. O. S. 206.

20) Reuchlin an Duncker, 20. Mai 1859 (teilweise gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 112).

21) Reuchlin an Duncker, 11./12. Juli 1859 (teilweise gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 155 f.).

22) Otto Elben, Lebenserinnerungen, Stuttgart 1931, S. 131. Schwäbische Chronik, 2. Juli 1859 und folgende Nummern.

23) Vgl. den unten abgedruckten Brief Klüpfels an Duncker, 2. Juli 1859.

24) Genannt seien hier nur die neuesten Spezialarbeiten von Paul Herrmann, Die Entstehung des deutschen Nationalvereins und die Gründung seiner Wochenschrift. Diss. Berlin 1932, und von Kurt Bachteler, Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg. Diss. Tübingen 1934.

einnahm, blieben auch Dunckers Freunde der neuen Parteibildung gegenüber zurückhaltend. Reuchlin hegte Bedenken gegen eine zu starke Betonung der preußischen Spitze [25]), Bedenken, die bei Hölder und Elben noch stärker obwalteten [26]). Klüpfel hatte zwar die Notwendigkeit der preußischen Lösung schon um diese Zeit viel sicherer erfaßt als der Stuttgarter Kreis um Hölder; allein den vom Nationalverein eingeschlagenen Weg hielt er für aussichtslos. Daß die Wirksamkeit des Nationalvereins infolge der Zurückhaltung der Berliner Regierung ohne nennenswerten Erfolg bleiben müsse, hat unter den württembergischen Preußenfreunden niemand klarer erkannt als er [27]). Von jener Selbstüberschätzung der Einheitsbewegung [28]), die in den Redeschlachten der großen Tagungen und der einzelstaatlichen Ständeversammlungen am üppigsten gedieh, wußte sich ihr württembergischer Historiograph freizuhalten. Es ist fast erstaunlich, zu sehen, wie wenig Klüpfel sich durch seine politischen Wünsche den nüchternen Blick für die Stärke der partikularen Widerstände trüben ließ. Auch die in Württemberg besonders starke Vorliebe für die Reichsverfassung von 1849, die die reinliche Scheidung der Geister so oft erschwert hat, war ihm fremd. Überhaupt schob er die konstitutionelle Frage nicht entfernt so stark in den Vordergrund wie etwa Reyscher und die seit 1861 zahlreicher in den Nationalverein eintretenden württembergischen Liberalen.

Klüpfel traf sich in diesen Anschauungen mit Max Duncker, den seine realpolitische Einsicht mehr und mehr in Gegensatz brachte zu den wachsenden linksliberalen Tendenzen der Einheitsbewegung. Nachdem Duncker, veranlaßt durch die Aussichtslosigkeit einer Vermittlung zwischen der Bewegung und der preußischen Regierung, in den persönlichen Dienst des Kronprinzen Friedrich Wilhelm übergetreten war (Sommer 1861), war er an der propagandistischen Beeinflussung des Südens von Amts wegen ohnehin nicht mehr interessiert. Aber nicht nur aus diesem Grunde wurde der Briefwechsel mit den alten Freunden jetzt spärlicher. Für den Hohenzollernstaat in Württemberg zu werben, fiel in diesen Jahren des verborgenen Werdens nicht immer leicht, insbesondere nicht während der Konfliktsjahre des Ministeriums Bismarck.

25) Herrmann a. a. O. S. 130 ff.

26) Rapp a. a. O. S. 37.

27) Vgl. den unten abgedruckten Brief Klüpfels an Duncker, 23. Sept. 1859.

28) Wilhelm Mommsen, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung. Hist. Zeitschr. Bd. 138 (1928), S. 523 ff. Bezeichnend für diese Überschätzung ist etwa die von Rapp a. a. O. S. 186 angeführte Äußerung Hölders.

kamen doch den Tübinger Freunden von dem Juristen Karl Georg Bruns, der 1861 die Tübinger Universität mit der Berliner vertauscht hatte, nur Briefe ins Haus voll Klagen über die Zerfahrenheit der preußischen Politik, voll Spott über Klüpfels „schwärmerische Hoffnungen" und „borussische Ideen", voll Entrüstung über den Übermut, die Frivolität und die „schnodderigen Redensarten" Bismarcks[29]). Den im Geist der Berliner liberalen Presse gehaltenen Informationen von Bruns wußte Duncker auf dem Höhepunkt des Konflikts wenig mehr entgegenzusetzen als die wiederholte Versicherung, daß Preußen fester dastehe, als der Lärm der Zeitungen und Kammerverhandlungen vermuten lasse[30]). Im übrigen war er aufrichtig genug, offen zu beklagen, was an der Berliner Politik sich nicht beschönigen ließ.

Auch der dänische Feldzug, der Duncker als einem der ersten in Preußen das Verständnis für die Bismarcksche Politik erschloß, hat dem Briefwechsel keine wesentlichen Antriebe gegeben. Es bedurfte der Umwälzung von 1866, um die alte Freundschaft für die neue Gestaltung des deutschen Staats- und Parteilebens fruchtbar werden zu lassen. Jetzt wieder wie 1859 flogen die Briefe zwischen Neckar und Spree hin und her. Duncker sah sich wiederum im Knotenpunkt der zwischen Preußen und Württemberg gesponnenen Fäden. Als „geistiger Vertreter von Schwaben in Berlin", wie ihn Reuchlin nannte[31]), verschaffte er den süddeutschen Anschauungen im Norden Geltung. Durch seine Hand fanden Aufsätze Reuchlins und Reyschers den Weg in die preußische Presse; ihre Stimmungsberichte, Wünsche und Beschwerden brachte er durch Bismarcks Mitarbeiter Robert von Keudell dem preußischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Und umgekehrt war er unermüdlich, den württembergischen Freunden durch Informationen, die auch die Bedeutung der europäischen Gesamtlage mit Recht betonten, den Presse- und Versammlungskampf für den Anschluß Württembergs an den Norden zu erleichtern. Mit der jetzt (August 1866) gegründeten Deutschen Partei stand er durch Reyscher in enger Fühlung.

Für die in den Kreisen dieser Partei und des entstehenden Nationalliberalismus herrschenden Auffassungen sind gerade Reyschers Äußerungen recht charakteristisch. Reyscher begrüßte die in Preußen erreichte Verständigung zwischen Regierung und Parlament, machte aber aus

29) Bruns an Klüpfel, 4. Nov. 1861, 24. März 1862, 19. April 1863 (Nachlaß Klüpfel). Bruns hatte Bismarck in der Kammer sprechen hören.

30) Duncker an Holland, 9. März 1863 und 2. Juli 1863.

31) Reuchlin an Duncker, 16. Dez. 1866.

seinen weitergehenden konstitutionellen Wünschen kein Hehl[32]). Als Duncker von Bismarck mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die norddeutsche Bundesverfassung beauftragt wurde, glaubte Reyscher ihm immer noch die Reichsverfassung von 1849 empfehlen zu müssen[33]). Den inneren Frieden hielt er nur dann für dauernd gesichert, wenn die preußische Regierung den Anträgen des Norddeutschen Reichstages entgegenkomme; nur ohne vorausgegangene „Einbuße an konstitutionellen Rechten“ meinte er den Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund in der Kammer befürworten zu können. Sein Hinweis, daß der Konstitutionalismus „das erprobte Mittel“ zum Schutze der Monarchie und zur Gewinnung der Einheit sei[32]), entsprang der am englischen und belgischen Vorbild orientierten Grundanschauung der Einheitsbewegung. Nur schwer konnte Reyscher sich damit abfinden, daß nach den Bismarckschen Erfolgen der Liberalismus in der Neugründung keine so starke Stellung gewann, wie man es im konstitutionellen Süden gewünscht hätte[34]). Auch war es ihm kein leichter Verzicht, daß er als Süddeutscher nicht wie Duncker im Norddeutschen Reichstag aktiv an dem neuen Werden mitarbeiten konnte. Denn die künftige Bedeutung des dort Geschaffenen für sein Heimatland vermochte er wohl zu ermessen. Seinen eigenen Kampf und den seiner Gesinnungsgenossen um die Gewinnung des württembergischen Volkes für den Gedanken des Anschlusses empfand er in diesem Augenblick eigentlich als Tätigkeit an der Peripherie des Geschehens[32]).

Die Beziehungen zwischen den Württembergern und Duncker wandelten ihren Charakter, als der preußische Freund 1867 aus dem politischen Leben ausschied. Seine Wendung zu Bismarcks Politik und zu konservativeren Anschauungen hatte ihm die Stellung beim Kronprinzen und sein Reichstagsmandat gekostet. Seine Verbindung mit den Württembergern, seine Anteilnahme an ihren Kämpfen blieb zwar weiterhin lebendig, insbesondere bei den Wahlen zum deutschen Zollparlament 1868; allein die Führung in den Beziehungen der Württemberger zur preußischen Regierung und Bevölkerung ging jetzt in andere Hände über. Die Deutsche Partei konnte sich nunmehr des direkteren Weges über die preußische Gesandtschaft in Stuttgart bedienen, und unter den

32) Reyscher an Duncker, 10. April 1867.
33) Reyscher an Duncker, 1. Dezember 1866.
34) Vgl. A. L. Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit. Freiburg 1884. S. 278.

norddeutschen Parteien hielten die Nationalliberalen, die Dunckers Sympathien nicht besaßen, am engsten mit den Württembergern Fühlung [35]). In diesen letzten Jahren spricht aus Dunckers Mitteilungen weder die amtliche preußische Politik noch eine große Partei; und doch zeigt der Briefwechsel, der im Entscheidungsjahr 1870/71 einen letzten Höhepunkt erreicht, in den Auseinandersetzungen des Beiseitegeschobenen mit den süddeutschen Freunden manche typischen Gegensätze.

In Württemberg war um diese Zeit der Kampf gegen die letzten partikularistischen Widerstände entbrannt. Die leidenschaftliche Erregtheit der Parteien spiegelt sich am lebendigsten in den Schilderungen, die Reyscher von der württembergischen Politik, ihren Leitern und Hintermännern entwarf. Von dem „schlau berechnenden" Mittnacht und von dem Innenminister Scheurlen erwartete er für die nationale Sache nicht mehr als von dem abgetretenen „falschen Gesellen" Varnbüler. Das Königspaar sah er unter dem verderblichen Einfluß unverantwortlicher höfischer Kreise; mit Entrüstung gab er das Gerücht wieder, daß König Karl seine Einwilligung zum Anschluß an den Krieg erst gegeben habe, nachdem ihm der preußisch gesinnte Kriegsminister Suckow eine Revolution im Lande in Aussicht gestellt habe [36]).

Mit dem glücklichen Fortschreiten des Feldzuges erhob sich auch in Württemberg die Frage der territorialen Kriegsziele. Daß das Elsaß zurückgewonnen werden müsse, war den wenigsten zweifelhaft [37]), umstritten war die Grenzziehung gegen Westen und die staatsrechtliche Stellung der neuen Lande. Daß Reuchlin, infolge der Beschäftigung mit der italienischen Entwicklung dem reinen Nationalitätsprinzip zugeneigt, die gewissenhafte Einhaltung der Sprachgrenze empfahl, nimmt nicht wunder. Erstaunlich ist, daß er, der einen „modern nationalen Staat" wollte, den anachronistischen Gedanken einer Zuweisung einzelner Teile an die Südstaaten als „Feldzugsmedaillen" erwog [38]). Dieser nicht vereinzelten Anschauung stand Reyscher als Wortführer jener Gruppe gegenüber, die jede „Belohnung" der südstaatlichen Alliierten durch das von allen deutschen Heeren gemeinsam Erkämpfte schroff ablehnte. Ein unmittelbares Reichsland hielt Reyscher für die einzig denkbare Lösung.

35) Otto Elben, Lebenserinnerungen, S. 154 f., 158 f., 161 ff.; Rapp a. a. O. S. 361.

36) Reyscher an Duncker, 14. Sept. 1870 (teilweise abgedruckt Dunckerbriefwechsel S. 456). Ein Entwurf des Briefes wurde, wohl wegen des noch wesentlich schärferen Tones, nicht abgeschickt (Landesbibl. Stuttgart).

37) Vgl. Rapp a. a. O. S. 402 ff., 432 f.

38) Vgl. den unten abgedruckten Brief Reuchlins an Duncker, 15. Aug. 1870.

Aus ihr ergaben sich ihm zugleich neue Möglichkeiten für eine weitere Vereinheitlichung des eben entstehenden Bundesstaats. Die neue Kategorie der Reichslande, so war sein Gedanke, habe Aussicht auf Vermehrung durch Selbstmediatisierung einzelner deutscher Fürstenhäuser, welche vielleicht geneigt seien, ihre Souveränität „der Gesamtheit, dem im Werden begriffenen deutschen Staat zum Opfer zu bringen, welche aber Anstand nehmen würden, sich einem andern Souverän zu unterwerfen". Von welchen Dynastien auch Reyscher diesen Schritt erwartet haben mag, — die Erwartung war so verfrüht wie die Meinung, auch bei den Bevölkerungen sei Neigung vorhanden, durch Annexion „wohl in Deutschland, aber nicht in Preußen" aufzugehen. Dieser Auffassung lag eine starke Unterschätzung der beharrenden Kräfte des historisch Gewordenen zugrunde. Richtig gesehen war dabei nur die Ablehnung der Mediatisierung oder Annexion durch Preußen. Denn auch für ein „Reichsland Württemberg" war die überwiegende Mehrheit des Volkes keineswegs reif. Die allgemeine Kriegsbegeisterung, die so viele festgewurzelte Widerstände hinwegfegte, mochte diesen Sachverhalt zeitweise verschleiern.

Im Grunde war Reyscher sich wohl darüber im klaren, daß die alte Forderung der Einheitsbewegung vom „Aufgehen in Deutschland" jetzt nur auf dem Wege über den von Preußen geleiteten Bundesstaat zu verwirklichen war. Aber es war natürlich, daß er die Ideen der Bewegung möglichst breit in diese Form des deutschen Staates einströmen lassen wollte. Darum setzte er sich dafür ein, daß nicht aus den Eigentümlichkeiten der preußischen Gesetzgebung und Verfassung der Stoff zum deutschen Neubau ferner genommen werde, sondern „aus dem deutschen Wesen selbst" [39]).

Dieser Auffassung hielt Duncker nüchtern die historische und politische Berechtigung der hegemonialen Lösung Bismarcks entgegen, die er insbesondere in der soldatischen Führerkraft des Preußentums begründet fand [40]). Niemand hatte wie er in dreißigjährigem Ringen um die deutsche Frage erfahren, wie sehr das deutsche Wesen zur Staatwerdung der preußischen Macht bedurfte [41]). Dies Ergebnis seines an Mißerfolgen

39) Reyscher an Duncker, 22. Sept. 1870 (teilweise gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 459). Vgl. Reyscher, Erinnerungen S. 288 f.

40) Vgl. den unten abgedruckten Brief Dunckers an Reyscher, 7. Okt. 1870.

41) Vgl. die von Duncker verfaßte Adresse der einstigen Frankfurter Erbkaiserlichen zu Bismarcks 70. Geburtstag, zitiert bei Treitschke, Max Duncker (Historisch-politische Aufsätze Bd. 4, 2. Aufl. 1920).

reichen politischen Erlebens fand auch in seiner wissenschaftlichen Betätigung sinnfälligen Ausdruck. Der alte Achtundvierziger beschloß seine Dozentenlaufbahn, nachdem er den Ruf dreier Universitäten, darunter den Tübingens, abgelehnt hatte, als Lehrer der Geschichte an der Kriegsakademie zu Berlin, die das eigentümlich „preußische Wesen" in seiner reinsten und besten Ausprägung darstellte. Er formte das Geschichtsbild jener Generation von Offizieren, der Hindenburg angehörte; daß der Feldmarschall noch in seiner Selbstbiographie des „hervorragenden Lehrers" seiner Leutnantszeit dankbar gedenkt [42]), ist ein Zeugnis für die tiefgehende Wirkung, die Duncker in diesem ausgewählten Kreise beschieden war.

Der Briefwechsel Dunckers mit den Württembergern hat gedauert, bis der Tod den Briefschreibern nacheinander die Feder aus der Hand nahm. Allein nachdem das neue Reich das politische Hochziel dieser Generation erfüllt hatte, blieb der Gedankenaustausch auf wissenschaftliche Fragen beschränkt. Von den mannigfachen Antrieben, die das wissenschaftliche Leben Württembergs dadurch empfing, sei hier nur erwähnt, daß Klüpfel sich bei der Neubearbeitung seiner „Einheitsbestrebungen" [43]) der stillen Mitarbeit Dunckers erfreute, der ihm in Mitteilungen aus eigenem Erleben [44]) Quellen über den Gang der preußisch-deutschen Politik erschloß, die dem damaligen Geschichtsschreiber sonst verborgen blieben. Klüpfels Werk verdankt es auch dieser vortrefflichen Information, daß es trotz der großen Zahl guter späterer Darstellungen in manchen Einzelheiten erst in unsern Tagen durch die große Aktenveröffentlichung der Historischen Reichskommission [45]) endgültig überholt worden ist.

* * *

Will man innerhalb der Gesamtentwicklung der württembergischen Nationalpartei die individuellen Züge der in dem vorliegenden Briefwechsel zu Worte kommenden Männer abschließend kurz umreißen, so fällt die klare und stete Haltung Klüpfels am stärksten in die Augen. Den Gedanken der preußischen Lösung hat Klüpfel so früh erfaßt und so

---

42) Hindenburg, Aus meinem Leben S. 49.

43) Karl Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—1871. Bd. 1. 2. Berlin 1872—73.

44) J. B. Duncker an Klüpfel 13. Jan. 1872.

45) Die auswärtige Politik Preußens 1858—1871. Oldenburg 1933 ff.

folgerichtig festgehalten, daß seine Anschauungen einer Korrektur durch den Gang der Ereignisse am wenigsten bedurften. Seine vorwiegend reflektierende Natur hat ihn an weitreichender Wirkung gehindert; sie bewahrte ihn auf der anderen Seite vor den gängigen liberalen Irrtümern, denen der leidenschaftliche Reyscher im Kampf des Tages bisweilen erlag. Für Reyschers persönliche Art sind seine Briefe keine durchweg erfreulichen Zeugnisse. Persönliche Gereiztheit gegen die Vertreter anderer Meinungen und Überschätzung der eigenen Schicksale und Erfolge drängt sich darin so oft hervor, daß das scharfe Urteil Mohls [46]) teilweise verständlich wird. Die feine Ausgeglichenheit Reuchlins wirkt daneben ungleich sympathischer. Reuchlin war als der Gelehrteste in diesem Kreise für machtpolitische Gedankengänge vielleicht am wenigsten empfänglich; seinen persönlichen Standort genauer zu bestimmen, ist auf Grund der neuerschlossenen Briefe kaum möglich, da sie infolge seiner ausgedehnten italienischen Reisen große Lücken aufweisen.

Die tragenden Grundgedanken, die über alle persönlichen Unterschiede hinweg diesen Männern gemeinsam waren, finden ihre dauernde Rechtfertigung vor der Geschichte darin, daß das größte politische Genie des Jahrhunderts mit ihrer Hilfe sein Werk geschaffen hat. Man darf jedoch darum an den Irrtümern dieser politischen Richtung nicht vorübergehen, obschon sie vielfach aus der Situation des Kampfes erwuchsen. Ihre Einseitigkeit offenbart sich am stärksten in der Verständnislosigkeit gegenüber den in die Zukunft weisenden, volkhaften Gedanken des echten Großdeutschtums. Sie entsprang weithin dem Mißtrauen gegen jene Bestrebungen, die hinter großdeutscher Maske nicht nur die kleindeutsche, sondern die nationale Einigung überhaupt zu hintertreiben suchten. Daß die borussisch-protestantische Betrachtungsweise auch dem Wesen des württembergischen Staates und seiner Bevölkerung nicht gerecht wurde, liegt auf der Hand. Die Zuverlässigkeit der inneren Verwaltung und die noch heute spürbare Besonnenheit in der Führung des Wirtschaftslebens wog in den Augen dieser Männer wenig. Ihr oft überscharfes Urteil auch über innenpolitische Dinge wird eben nur aus jener unbefriedigten Spannung verständlich, in die die außenpolitisch begrenzte Wirksamkeit eines Mittelstaats ihr gesamtdeutsches Empfinden versetzte. Daß ihnen konservative Werte wie Stammeseigenart, Bodenständigkeit und die historisch gewachsene Form des schwäbischen Geistes wenig bedeuteten, war nicht nur Auswirkung der auflösenden und gleichmachenden Tendenzen

46) Robert von Mohl, Lebenserinnerungen Bd. 1, S. 207 f.

ihres Zeitalters überhaupt; es war im besonderen begründet in ihrer Besorgnis vor dem Mißbrauch dieser Werte durch den politischen Partikularismus, einen Partikularismus, der das Jahr 1871 bekanntlich vielfach überdauert hat. Ist doch erst in unsern Tagen durch die endgültige Überwindung des politischen Sondertums die Bahn ganz frei geworden für eine kräftige Entfaltung aller landschaftlich gebundenen Kräfte zum Segen der gesamten Nation!

Briefe.

Duncker an Holland.

22. Juni 1859.

... Es war nach der Note Gortschakoffs, der Thronbesteigung Palmerstons und der Schlacht von Magenta nicht mehr ratsam, die Mobilmachung der Armee zu verschieben, obwohl man wußte, wie unpopulär diese Maßregel in Preußen sein würde. Der Haß, die Abneigung gegen Österreich ist ungemein groß, Olmütz unvergessen, und niemand will einen Krieg für Österreich, für die reaktionäre, despotische Wirtschaft Österreichs in Italien. Die Wut an den Küsten, wo man den Ruin voraussieht, in den Hansestädten, namentlich in Hamburg, ist noch größer als in Berlin über diese Maßregel. Indes ist die Armee entschieden für den Krieg, die Landwehren stellen sich überzählig und wollen die Franzosen zusammenschlagen. Nichtsdestoweniger erschwert jene Stimmung des Publikums den Gang der Regierung ungemein. Sie wird ihren Weg gehen und hofft, daß die Unterstützung der süddeutschen Bevölkerungen ihr wenigstens über die Schwierigkeiten des Einvernehmens mit den Regierungen hinüber helfen wird. Sollte diese Hoffnung ebenfalls täuschen, dann würde der Ausgang freilich schwer vorherzusagen sein. Entschließt sich der Bundestag nicht, durch einen einzigen Beschluß die militärische Leitung Preußen zu übergeben, so ist jeder Schritt vorwärts von den größten Hindernissen umgeben. So fordert Bayern z. B. in diesem Augenblick das Kommando über sämtliche süddeutsche Truppen, womit Württemberg, Baden und Hessen doch schwerlich gedient sein würde. Die Form des Oberbefehls durch Ernennung des Prinzen Regenten durch den Bund ist untunlich, da der Bundesfeldherr dem Bunde verantwortlich und vor ein Kriegsgericht des Bundes gestellt werden kann. Man würde die ganze Armee mobil gemacht haben, aber die Russen haben 2 Korps (1 und 3) d. h. 120000 Mann in Polen, ebensoviel (Korps 2 und 4) gegen Galizien, Korps 5 60000 Mann an der Moldaugrenze und zwar in Kriegsbereitschaft. Man muß also 100000 Mann dort stehen lassen; ebenso müssen die pommerschen Truppen an der Ostseeküste bleiben zum Schutze derselben und der Elbmündungen, da man hier sehr genau weiß, daß Palmerston den Franzosen bereits freie Hand in der Ost- und Nordsee zugesichert hat und die Franzosen diese bestens zu benutzen gedenken. ...

Klüpfel an Duncker.

2. Juli 1859.

... Die Mobilmachung wurde keineswegs mit aufrichtiger Freude aufgenommen; man hielt entgegen, es sei damit noch gar nicht klar, wie Preußen es meine, man berief sich darauf, daß die Organe der Regierung diese Maßregel nicht als Rüstung zum Krieg, sondern nur als Mittel zu Unterhandlungen auffassen, man behauptete, es sei nur eine leere, auf Süddeutschland berechnete Demonstration. Das militärische Mißgeschick Österreichs ward Preußen in die Schuhe geschoben; wäre Preußen gleich anfangs entschieden aufgetreten, sagt man, so hätte es nie so weit kommen können, hätte auch noch später Preußen ein Heer am Rhein aufgestellt, so hätte Frankreich nicht mit solchen Truppenmassen den Krieg in Italien führen können. Jetzt nach den französischen Siegen werde Preußen mit seinen Vermittlungsversuchen gar kein Gehör mehr finden.

Unsere Presse zeigt sich neuerlich freundlicher gegen Preußen als früher. Da Sie den Merkur lesen, so werden Sie finden, daß hin und wieder auch einem Wort für Preußen Raum gegönnt wird. Ich weiß aber nicht, ob dies nicht mehr eine Folge von freundschaftlicher Beratung des Redakteurs als eines Umschwungs der öffentlichen Meinung in dem Leserpublikum des Merkurs ist. Der Beobachter bringt gegenwärtig öfters Artikel, die der Ausdruck leidenschaftlichen Hasses gegen Österreich und warmer Sympathien für die [Bestrebungen] Italiens sind; wiederholt bezeugt er seine volle Zustimmung zu den in der Berliner Volkszeitung vertretenen Ansichten. Diese Stimmungen der Demokratie, das regere Leben, die neuen Hoffnungen für deutsche Angelegenheiten, die in demokratischen Kreisen auftauchen, sind den Konservativen ein Grund mehr für ihre Ansicht, daß wir Österreich hätten helfen sollen, daß man mit aller Macht Frankreich bekämpfen und die Freiheitsbestrebungen der Italiener niederwerfen müsse. Sie klagen Preußen an, daß es die Revolution unterstütze, indem es Österreich Bedingungen zugunsten italienischer Freiheitsbestrebungen gestellt habe.

In Stuttgart ist, wie Sie aus dem heutigen Merkur ersehen, auch eine Erklärung für die preußische Führung zustande gekommen. Sie wurde mir auch mitgeteilt, aber ich glaubte nicht, beitreten und hier dafür werben zu können, weil es mir unpraktisch schien, daß am Schluß der Erklärung das Hauptgewicht auf Änderung der Bundesverfassung und deutsche Nationalvertretung gelegt wird. Der Zweck solcher Erklärungen ist, zunächst auf die deutschen Fürsten und Regierungen zu wirken und sie zur Unterwerfung unter Preußens Oberbefehl geneigt zu machen, aber auf diese Weise wird ihnen die preußische Hegemonie von der für sie gefährlichsten Seite dargestellt. Die Unterschriften sind mit wenigen Ausnahmen aus der demokratischen Partei. Übrigens ist es nur eine Fraktion dieser Partei; eine andere scheint nicht damit einverstanden. Der heutige Beobachter bringt einen Leitartikel dagegen, worin ausgeführt wird, nur eine Nationalvertretung könne Preußen die Führerschaft in Deutschland anbieten; und am Schluß wird ausgesprochen: „Deutschland einem Kriege aussetzen ohne nationale Einheit, sei Verrat am Vaterland". Auch sonst habe ich schon öfters die Ansicht aussprechen hören, wenn es nicht gelinge, Deutschland unter Preußens Führung zu vereinigen und eine rückhaltlose Unterwerfung der Mittelstaaten zustande zu bringen, solle man lieber nicht mit Frankreich anbinden und den Krieg vermeiden.

Ich gestehe, daß ich nicht zu denjenigen gehöre, welche einen Krieg zur Erhaltung Österreichs für richtig halten; ich glaube, daß Deutschland bestehen und nach außen mächtig sein könnte, ohne daß Österreich Oberitalien besitzt; aber ich sehe nicht ab, wie Preußen die Führerschaft Deutschlands gewinnen, ja wie es nur seine bisherige Machtstellung behaupten könne, wenn es unterläßt, sich in den gegenwärtigen Krieg zu mischen. Nur durch kriegerische Erfolge kann es sich bei den Mittelstaaten in Ansehen setzen und das hämische Gekläffe des deutschen Philisters und seiner Minister zum Schweigen bringen.

Für die mir freundlich zugewiesene Nutznießung des preußischen Wochenblatts und der Nationalzeitung sage ich Ihnen meinen großen Dank. Diese Zeitungen waren mir besonders während meiner Krankheit sehr willkommen. Die neueren Leitartikel der Nationalzeitung, wie sie seit etwa 14 Tagen lauten, haben ganz meinen Beifall, während die früheren Streitartikel gegen die renitenten Mittelstaaten mir oft sehr mißfielen, wenn ich auch wohl anerkennen mußte, daß der Ärger ein provozierter war. . . .

Duncker an Klüpfel.

8. Juli 1859.

. . . Verstehe ich die Stimmung, welche gegenwärtig in Deutschland herrscht, richtig, so will sie keinen Angriffskrieg mehr gegen Frankreich zur Erhaltung Österreichs. Man will vielmehr eine gerüstete einheitliche Stellung zu eigenem Schutze — so denkt, wie mir scheint, die überwiegende Mehrzahl. Dies trifft gut zusammen mit den hiesigen Bestrebungen, unter keiner Bedingung einen Bundeskrieg zu führen und womöglich ganz aus der Bundesverfassung herauszukommen. Die Erklärung der Württemberger, welche Sie nicht unterzeichnen wollten, hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht, und ich zweifle gar nicht, daß, wenn sich die Stimmen dieser Art mehren sollten, man hier dreister auf das Ziel losgehen und den Mittelstaaten entschieden entgegentreten würde. Nur müßte das Parlament nicht weiter in den Vordergrund kommen als in der Stuttgarter Erklärung und ebenso wenig die Hilfe für Österreich. Sie verstehen den Gedanken unserer Bundesanträge. Sie gehen darauf hin, die Sache von dem Boden der Bundeskriegsverfassung und des Bundestages herunter zu bringen und die militärische Leitung Preußens zu konstituieren außerhalb des Bundesrechts. Württemberg hat sich mit am schärfsten widersetzt, nicht bloß der bayerischen Leitung wegen, und der Antrag Österreichs ist das Gegengewicht, welches die preußischen Anträge töten soll; der Krieg auf Grundlage der Bundeskriegsverfassung — ein unmögliches Ding — und diese Pille für Preußen versilbert durch die Wahl des Prinzen zum Bundesfeldherrn. Dieser Antrag wird von Preußen niemals angenommen.

Die Österreicher sind rasend. Nachdem Preußen den deutschen Höfen in der Zirkularnote vom 24. Juni erklärt hat, daß es bemüht sein werde, den Länderbestand Österreichs zu erhalten und sich den hieraus folgenden Kriegsfall nicht verhehle, erklärt Windischgrätz hier: Österreich werde niemals unterhandeln als nach Wiederherstellung des status quo vor dem Kriege. Der Kaiser Napoleon ist erheblich klüger. Er wartet nicht, bis man den Waffenstillstand preußischerseits von ihm verlangt, bis die Annahme der Vermittlung bei Strafe des Kriegsfalls von ihm gefordert wird — er kommt dem von freien Stücken zuvor und

stellt sich dadurch viel besser. Man muß nun diese Zeit des Waffenstillstands benutzen, um Deutschland in eine ordentliche Kriegsbereitschaft und unter eine feste Leitung zu bringen. . . .

Duncker an Reuchlin.

16. Juli 1859.

Die Allianz der katholisch reaktionären Interessen ist geschlossen. Die Mission des Fürsten Windischgrätz war nur der Vorwand, Grund zum Abschluß zu gewinnen. Man ließ absichtlich unerfüllbare Forderungen stellen, Garantie des italienischen Besitzstandes, Aufrechterhaltung der Separatverträge, und schloß dann trotz der telegraphischen Depeschen von Windischgrätz in Villafranca ab. Der Prinz hatte recht, ihm in der Abschiedsaudienz zu sagen: Der Kaiser konnte mich nicht tiefer verwunden, als er getan. Ich bin auf dem Wege, und er schließt Frieden.

Die Dinge sind gegangen, wie seit 60 Jahren zwischen Österreich und Preußen. Dort rücksichtslose Perfidie, hier langsames Zögern bei dem besten Willen. Indes war das Wagnis groß, die Stimmung des Volkes in Preußen lud gerade nicht zum Wagen ein, und denen, welche sich dem Eintreten widersetzten, weil Österreich, sowie dasselbe geschehen, einen Separatfrieden machen werde, haben die Ereignisse recht gegeben. Niemand kann behaupten, daß Österreich Frieden schließen mußte. Durch den Bund gedeckt, alle seine Streitkräfte — es sollten ja 6 oder 800 000 Mann sein — in Italien, im Besitz des Festungsvierecks, des uneinnehmbaren, nach zwei gut geschlagenen Schlachten, angesichts der Rüstungen und Märsche Preußens — wo war die Notwendigkeit Friede zu machen, wenn sie nicht in der beabsichtigten Festhaltung des inneren Systems lag? Jedenfalls hat die preußische Mobilmachung das Venetianische für Österreich gerettet. Dafür wird Preußen nun offiziell als Verräter angeklagt.

Ich weiß nicht, ob diese Versicherungen bei Ihnen Glauben finden werden. In wenigen Tagen wird das preußische Blaubuch [47]) die Sachlage aufklären, und ich glaube kaum, daß Österreich viel Vorteil aus dieser Publikation ziehen wird. . . .

Auf Ihre Arbeit in den Jahrbüchern [48]) freue ich mich sehr. Grüßen Sie Römer [49]). Freilich wäre es vorläufig mit den moralischen Eroberungen nicht gelungen, indes wäre noch nicht aller Tage Abend, und wenn es eines Trostes bedarf, so liegt der nahe, daß jeder Kampf an der Seite Österreichs doch schließlich nicht so sehr Deutschland als Österreich und den reaktionären Tendenzen Österreichs zugute gekommen wäre. Vielleicht können wir bald unter günstigeren Bedingungen fechten.

Über den Eindruck des Friedens im Süden haben wir noch keine Nachrichten; ich getraue kaum vorherzusagen, ob der Unwille über Preußen oder Österreich größer sein wird. . . .

---

47) Vgl. darüber Die auswärtige Politik Preußens Bd. 1, S. 770 f.

48) Reuchlins Aufsätze „Zur italienischen Politik Österreichs" und „Italienische Studien", Preuß. Jahrbücher Bd. 3, S. 489 ff., 608 ff.

49) Gemeint ist Friedrich Römer. Vgl. oben S. 11.

Klüpfel an Duncker.

30. Juli 1859.

... Daß aus der kriegerischen Aktion Preußens und Deutschlands nichts geworden ist, kann ich einerseits nicht sehr bedauern, da ich an und für sich keine weitere Ausdehnung des Krieges wünschte, da ich eine Unterstützung Österreichs nicht für richtig hielt und einen Sieg Österreichs nicht wünschen konnte, endlich bei der faktischen Uneinigkeit der deutschen Bundesstaaten eine glänzende Kriegführung nicht hoffen konnte. Aber andererseits kann ich nicht in Abrede ziehen, daß ein günstiger Augenblick zur deutschen Reform, ein Schritt zur Hegemonie Preußens, eben wieder versäumt worden ist, daß die ganze Geschichte eben wieder den Eindruck einer Niederlage Preußens, eines zweiten Olmütz, macht, daß das Vertrauen zur Energie Preußens, der Respekt vor den preußischen Mobilmachungen gar sehr erschüttert ist. — Bei der Anklage des österreichischen Manifestes gegen Preußen dachte ich zuerst, es werde gut sein, wenn Preußen seine diplomatischen Verhandlungen veröffentlichte, aber nachdem ich die weitschweifigen, geschraubten, hin und her wägenden Aktenstücke des Herrn von Schleinitz gelesen habe, verspreche ich mir von weiteren Veröffentlichungen keinen erheblichen Gewinn in der öffentlichen Meinung. Wenn diese Dokumente wohl auch den ehrlichen Willen zeigen, der Welt den Frieden zu erhalten und Österreich nach Möglichkeit zu helfen, so machen sie zugleich auch den Eindruck einer ängstlichen, energielosen, unklaren Politik. Auch durch die Verhandlungen mit dem Bundestag scheint mir Preußen seinen Vorteil nicht gewahrt zu haben. Es war gewiß übel angebracht, daß man stets über die Oberbefehlsfrage, den Hannoverischen Antrag, so lange herumstritt und die Sache theoretisch applaniert haben wollte. Der Prinz von Preußen hätte an der Spitze der preußischen Kriegsmacht den Oberbefehl der Bundesarmee faktisch an sich nehmen können, ohne danach zu fragen, unter welchen Beschränkungen und Verantwortlichkeit man ihm denselben anvertrauen wolle. Aber freilich hätte dies nur bei einer wirklichen Kriegführung, nicht bei einer bloßen Demonstration sich ausführen lassen. Der Gedanke, durch bewaffnete Vermittlung den Krieg zu vermeiden, und der Gedanke, durch aktives Vorgehen eine Position in Deutschland zu gewinnen, lähmten einander und brachten Unklarheit in die Situation. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Preußen Österreich geradezu erklärt hätte: wenn du mich in Deutschland machen lässest, so wollen wir dir helfen, daß du in Italien in keinem Fall so gar schlimm wegkommst, wenn du aber nicht willst, so helfen wir Napoleon Italien befreien, damit er den Ruhm und Gewinn nicht allein davonträgt, und richten dann, ohne viel nach dir zu fragen, unsere Sachen in Deutschland ein. Jetzt nach dem Friedensschluß wird für die deutsche Sache nichts mehr zu machen sein; Österreich wird sich so steif als je gegen deutsche Bundesreformen stellen und ein Vorgehen Preußens in dieser Richtung als größte Gefahr betrachten und bekämpfen. Man steckt zwar jetzt überall die Fahne der Bundesreform auf, aber ich glaube, daß diese nimmermehr möglich ist, solang der Dualismus besteht und Österreich ein Wort darein zu reden hat. Eine ersprießliche Änderung unserer deutschen Verfassung kann ich mir nur denken, wenn infolge gewaltiger Ereignisse der Bund in Trümmer geht, durch einen Krieg oder eine Revolution. Entweder muß Preußen durch einen Gewaltstreich, durch Waffengewalt sich das nehmen, was

man ihm nicht geben will, oder muß Österreich durch Revolution im Innern, durch Auflösung in seine Nationalitäten so geschwächt sein, daß es den Souveränitäten der deutschen Mittelstaaten keinen Anhalt mehr gewähren kann und selbst zu einem Mittelstaat herabgedrückt ist. Und ich hoffe immer noch, daß einmal eine solche Nemesis über Österreich kommt.

Bei meinem vierzehntägigen Aufenthalt am Bodensee hatte ich öfters Gelegenheit, zu meiner Überraschung zu bemerken, daß selbst bei dieser katholischen Bevölkerung Oberschwabens die Sympathien für Österreich viel geringer sind, als man gewöhnlich voraussetzt. Die Leute sprachen oft geradezu aus, es wäre nicht gut, wenn Österreich siegte, Preußen werde doch nicht so gutmütig sein, ihm zu helfen usw. Selbst in Bregenz fand ich keine heiße Wünsche für Österreichs Sieg; es sei eben in Wien viel gesündigt worden, es sei eine gerechte Strafe, daß jetzt eine Unglückszeit über diese Wirtschaft hereinbreche; wenn sie nicht tüchtig Schläge kriegen, so werde es nicht besser, nur die dringendste Not könne Reformen erzwingen.

Leider konnte ich aber nicht finden, daß die Österreich mangelnden Sympathien Preußen zugewachsen wären. Spott über die Ängstlichkeit und Unschlüssigkeit seiner Politik, die Klage, daß man eben kein rechtes Vertrauen zu seiner Führung fassen könne, da es selbst nicht recht zu wissen scheine, was es wolle, nichts wage und die beste Zeit mit doktrinären Verhandlungen verliere.

Ich fürchte, wenn Preußen jetzt auch mit dem besten Willen die Reformfrage anfaßt, so wird es nicht viel ausrichten, da neben dem üblen Willen bei Mittelstaaten und bei Österreich auch von seiten des Volks kein rechtes Entgegenkommen zu erwarten ist....

Soeben erhalte ich die Schrift „Preußen und der Friede von Villafranca". Sie hat mich sehr befriedigt und mir manche Aufschlüsse gegeben über manches, das ich mir wohl so vorgestellt, aber nicht so genau wußte. Ich glaube, sie wird Eindruck machen, aber freilich auch bei Österreich bös Blut machen....

Klüpfel an Duncker.

23. September 1859.

...Gerne möchte ich auch von Ihnen hören, was Sie von dem Eisenacher Programm und dem darauf gegründeten Verein halten. Ich muß gestehen, ich kann noch kein praktisches Ziel in diesen Bestrebungen absehen. Daß die deutschen Mittelstaaten nie auf dem Wege gütlicher Verhandlung dazu zu bringen sein werden, ihre Militärgewalt und ihre diplomatische Vertretung an Preußen zu überlassen, das steht mir fest. Und zwar sind es nicht die Fürsten allein, die widerstreben, sondern auch die Kammern. Sie stecken noch voll Partikularismus. Wie sollten unsere Schulzen und Gemeindebeamten, aus denen großenteils die Kammern zusammengesetzt sind, sich darein finden, daß preußisches Wehrsystem eingeführt wird, daß Preußen unsere Rekruten einberuft. Daß bei uns je eine Ständeversammlung zusammentritt, die einstimmig, aus freier politischer Einsicht sich dafür erklärt, daß man an Preußen sich anschließen müsse, wie die Versammlungen in Toskana und Modena es in Beziehung auf Sardinien getan haben, diese Einsicht, diesen Patriotismus traue ich nie einer deutschen Ständeversammlung zu. Und unsere Fürsten, wenn sie nicht mehr ihre Generale, ihre Leutnants, ihre Gesandten zu ernennen haben sollten, nicht mehr ihre besonderen

Uniformen bestimmen und um sich haben sollten, lieber würden sie das Land und den Thron verlassen. Mit freiem Willen, mit Vorstellungen und Adressen ist das nicht zu erreichen, was das Eisenacher Programm als Ziel hinstellt. Und solange Preußen an der Politik ängstlicher Gewissenhaftigkeit festhält und ja kein bestehendes Recht verletzen will, seine Mitwirkung für eine einheitliche Gestaltung Deutschlands von der freien Einwilligung sämtlicher deutscher Regierungen abhängig macht, wird es nie etwas erreichen, nie das Vertrauen süddeutscher Parteiführer gewinnen. In dieser Beziehung hat die Erklärung Schwerins auf die Stettiner Adresse sehr erbitternd gewirkt, man konnte von der Regierung allerdings nicht erwarten, daß sie sich offen für die deutsche Agitation aussprechen würde, aber sie brauchte auch nicht so bestimmte Zusicherung der Schonung partikularistischer Rechte zu geben. Glaubt man denn in Berlin, man werde auf diese Weise auch nur die hessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit in Ordnung bringen? Solange Preußen es nicht zu machen weiß, daß hier die Verletzung des Rechts und der nationalen Selbständigkeit eine Sühne erhält, so lange der Kurfürst von Hessen und Dänemark nicht zur Nachgiebigkeit gezwungen werden kann, so [lange] läßt sich auch kein Vertrauen zu preußischer Führung erzwingen.

Ob die Eisenacher weitere Schritte zur Organisierung der Partei tun und etwa ein Blatt wie die ehemalige Deutsche Zeitung gründen wollen, ist auch noch nicht klar. Als literarisches Organ könnte indessen Braters Süddeutsche Zeitung [50]) dienen, zu welcher ich das beste Vertrauen habe.

Ich wäre begierig, von Ihnen zu hören, wie sich Preußen zu der Eisenacher Agitation und zum Bundestag andererseits verhalten wird? Erfolg von patriotischen Einheitsvereinen ist nur dann zu erwarten, wenn diese an Preußen einen Rückhalt haben und die dortige Politik aufhört, allzu gewissenhaft zu sein....

Klüpfel an Frau Duncker [51]).

6. April 1860.

... Sie werden wohl fragen, was ich denn gegenwärtig von der Politik denke? Um es kurz zu bezeichnen, berufe ich mich auf das neulich erschienene Schriftchen „Geschichte der deutschen Politik“ [52]), das ganz meiner Anschauung entspricht und mir sehr gut gefällt.... Von Preußen verlange ich gegenwärtig, was die äußere Politik betrifft, nichts weiter, als daß es tut, was es in Allianz mit England kann, und sich tüchtig wehrt, wenn es angegriffen wird. Zugunsten Österreichs mute ich ihm durchaus nichts zu; die oft gehörte Forderung, die europäische Politik müsse sich auf Einverständnis und Bündnis Preußens mit Österreich gründen, scheint mir eine Unmöglichkeit und gegenüber von der Vergangenheit der letzten 12 Jahre ein Unsinn. Solange Österreich die Macht hat, auf Deutschland zu drücken und seine Verhältnisse zu verwirren, ist Deutschland nicht zu helfen. Ich denke darin wie Beseler....

---

50) Vgl. Anm. 19.

51) Charlotte Duncker führte als Gehilfin ihres Gatten einen großen Teil seiner Korrespondenz.

52) Wilhelm Wehrenpfennig, Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges. Berlin 1860.

Duncker an Reyscher.

25. März 1861.

... Ihren Bemühungen bin ich aufmerksam gefolgt, und wenn das Konkordat gefallen ist, so haben Sie an diesem Resultate nicht den geringsten Anteil. Die Debatten über diese Frage ebenso wie die Fortschritte des Nationalvereins in Württemberg, die kurhessische Debatte in München, geben mir die Überzeugung, daß der Separatismus im Weichen begriffen ist sowohl bei Ihnen als in Bayern, und das ist immer ein sehr erfreulicher Anfang. ...

Ich am wenigsten bin gemeint, einen Tadel zu werfen auf die Aufforderung, welche die Eßlinger Versammlung[53]) an die Brüder in Österreich gerichtet hat. Ich tadle hier fortdauernd, daß man auch im Hause der Abgeordneten so wenig Empfindung für die süddeutsche Art und für die süddeutsche Lage hat. Aber ich predige meist tauben Ohren.

In den Kreisen des Ministeriums ist man geneigt, die Fortschritte des Nationalvereins in Schwaben eher dem neu erwachenden Demokratismus als einer wachsenden günstigen Stimmung für Preußen zuzuschreiben. Und in der Tat scheint auch mir zwar nicht das Zurückgehen auf die Reichsverfassung von 48 und 49, aber der ausdrückliche Vorbehalt der Oberhauptsfrage ein bedenkliches Zeichen. Das Programm des Nationalvereins ist doch unleugbar seit 1859 nicht, wie es sein müßte, klarer und präziser, sondern immer undeutlicher und verschwommener geworden.

Was die augenblicklich maßgebenden Absichten in Bezug auf die deutschen Dinge betrifft, so geht man von dem obersten Gesichtspunkte aus, daß ein scharfes Eintreten in die Reform, namentlich in die parlamentarische Reform, einen tiefen Riß hervorrufen und, statt Einigkeit zu schaffen, eine Uneinigkeit hervorrufen würde, welche Frankreich die erwünschtesten Handhaben bieten könnte. Man glaubt sich deshalb zunächst auf die militärischen Fragen, auf Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte beschränken zu sollen. Ich hätte nichts gegen diesen Standpunkt, wenn er rascher und nachdrücklicher gehandhabt würde und man die moralische Pression gegen die Renitenten nicht aus der Acht ließe. Man will aber zuerst mit Österreich einig sein und verliert darüber eine kostbare Zeit. Jedenfalls liegen hier praktische Aufgaben für den Nationalverein, wenn er zunächst die Einheit des Wehrwesens und der Führung ins Auge fassen wollte. Natürlich muß man sagen, wer führen soll, Preußen oder Österreich, und der Nationalverein wäre in seiner Meinungsäußerung darüber am wenigsten an die Vorschläge Preußens gebunden. Noch dringender ist in diesem Augenblicke die Flottenfrage für die Nordsee. Wir gehen der Exekution, d. h. dem Kriege gegen Dänemark entgegen, und es fehlen die Schraubenkanonenboote zur Deckung der Weser und Elbe. In 2 bis 3 Monaten wären 50 derselben zu bauen und auszurüsten ohne Schwierigkeit, wenn die erforderlichen Mittel, 2½ Millionen Taler, zu beschaffen wären. Es wäre ein großes Vereinigungsmittel zwischen Nord und Süd, wenn man sich im Süden für eine Kanonenbootflotte interessierte, die vor Versteigerung durch den Bund dadurch

53) Am 3. Februar 1861 (vgl. Oncken, Bennigsen I, S. 465 f.). Reyscher hatte Duncker am 12. Februar 1861 ausführlich darüber berichtet (z. T. gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 268).

sichergestellt würde, daß man sie von vornherein einer bestimmten Regierung zur Verfügung stellte[54]).

Die Fortdauer des gegenwärtigen Gouvernements bei uns ist gesichert, man wird von einem liberalen und nationalen Gange nicht abweichen. Es wird hier und da Anstöße und Zögerungen geben, aber die Linie wird zuverlässig eingehalten werden. Die inneren Schwierigkeiten sind bereits als beseitigt zu betrachten. Das Herrenhaus wird die Grundsteuer nötigenfalls mit Hilfe eines neuen Pairsschubes votieren und die Abgeordneten mit großer Mehrheit die Armeereform. In den deutschen Dingen können Sie bessere und größere Schritte erst mit den Ereignissen erwarten, die nicht mehr lange ausbleiben werden.

Man ist in Paris gegenwärtig nach der Explosion der Stimmung in den bisher stummen Kammern in der Lage, rascher als beabsichtigt war, einen Abzug nach außen zu suchen. Man kann Preußen und Deutschland fassen mit der venetianischen, mit der holsteinischen und mit der polnischen Frage. Die letztere wird im Augenblick zu einer europäischen Frage erweitert. . . .

Schreitet die Emanzipation der unterdrückten Nationalitäten in diesem Maßstabe fort — auch die Tschechen regen sich gewaltig —, so wird für die deutsche Rasse bald wenig Platz in Europa bleiben, und nichts ist gewisser, als daß England vorläufig ruhig zusehen wird. . . .

Klüpfel an Duncker.

29. März 1861.

. . . Über den Weg zur Einheit bleibe ich bei meiner alten Ansicht. So wenig auch die gegenwärtige Politik Preußens Hoffnung und Aussicht gewährt, daß es ihr gelingen wird, die deutschen Regierungen und Stämme unter ihrer Führung zu vereinigen, so muß ich doch die Überzeugung festhalten, daß dies der einzige Weg ist, der zu einer nationalen Einheit führen kann. Entweder mit Preußen, oder wenn dies unmöglich sein soll, ist die Einigung überhaupt nicht möglich. Wenn es mit Österreich auch über alle Erwartung günstig gehen sollte, so kann uns dies für ein neues Deutschland nichts helfen. . . .

[Arbeit Klüpfels im Aprilheft der Preuß. Jahrb. über die politische Stimmung in Schwaben und den Konkordatsstreit.] In letzterem zeigt sich unser alter Herr wieder recht in seinem Eigensinn, indem er gegen die Abstimmung der Kammer durchaus am Konkordat festhalten will; noch hat er aber keinen Minister gefunden, der ihm die Sache nach seinem Sinn durchführen will. Ich fürchte, wir sehen schlimmen Konflikten entgegen. . . .

Klüpfel an Duncker.

5. März 1862.

. . . Ihre Voraussetzung, daß Schäffle[55]) durch das Cottaische Honorar bestimmt werde, in seinem Sinne zu schreiben, scheint mir nicht richtig, ich halte ihn viel-

54) Diese Anregung Dunckers entsprang dem Wunsch der preußischen Regierung, für ihre Flottenrüstung die Unterstützung der öffentlichen Meinung Deutschlands zu gewinnen. Vgl. Haym a. a. O. S. 243 und Koch, Die Sammlungen für die deutsche Flotte. Marine-Rundschau Jg. 7 (1896), S. 137 ff.

55) Der bekannte großdeutsche Politiker Albert Schäffle.

mehr für einen Großdeutschen aus Überzeugung, ja für einen fanatischen, der seinen Ehrgeiz nun einmal darein gesetzt hat, in diesem Lager eine Rolle spielen zu wollen, und der ein nicht zu unterschätzendes, bedeutendes schriftstellerisches Talent dazu mitbringt. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich die giftigsten großdeutschen und preußenfeindlichen Hetzartikel in der Allg. Zeitung als aus seiner Feder geflossen annehme.... Er ist faktisch einer der Redakteure der Allg. Zeitung, auch soll er mit Schmerling in Korrespondenz stehen. Zunächst geht sein Streben dahin, in unserer Abgeordnetenkammer eine Rolle zu spielen, er wird, wie ich fürchte, der Führer einer großdeutschen Partei werden, welcher eine größere Anzahl Talente zu Gebot stehen, als der kleindeutschen; außer Schäffle sein hiesiger Kollege Geßler, dann Moritz Mohl, Reichsregent Becher[56]), die kath. Geistlichen Lichtenstein[57]) und Mack[58]); durch die Allianz mit den unbedingten Regierungsleuten wird die großdeutsche Richtung auch die Mehrzahl für sich haben.

Hier im Senat schien Schäffle auch einen großen Einfluß gewinnen zu wollen, der aber nun, wie es scheint, zum Glück gebrochen ist. Er war der Vorkämpfer derer, welche bei erledigten Lehrstühlen gar keine Berufung von Ausländern, sondern Besetzung mit Landeskindern wollten. So versuchte er es, als Ersatzmann für Michaelis einen Freund, der gegenwärtig ständischer Registrator[59]) ist, ... durchzusetzen! Er ist jedoch damit durchgefallen und hat außer einigen persönlich Getreuen nur die Katholiken auf seine Seite gebracht, und er erlitt dann bei der Rektorwahl eine weitere Niederlage, indem nicht sein Freund Geßler, sondern sein eifrigster Gegner Geib[60]) zum Rektor gewählt wurde. Auch in Universitätsangelegenheiten hat er sich als ein sehr rühriger Parteimann und leidenschaftlicher Partikularist gezeigt. — Sollte, wie man neuerlich wieder sagt, Rümelin Kanzler werden, so würde Schäffles Einfluß in Universitätssachen ein weiteres Gegengewicht bekommen....

Duncker an Klüpfel.

30. März 1862.

... Wie die Wandlung, welche inzwischen hier eingetreten ist[61]), bei Ihnen gewirkt haben wird und muß, empfinde ich sehr lebhaft. Hier war dieselbe lange vorauszusehen, und ich hatte und konnte nach dem Siege der Fortschrittspartei und den Dezemberwahlen keinen Zweifel über das bevorstehende Eintreten derselben hegen. Die Schuld des Eintretens tragen gleichmäßig die Minister und die Mehrheit der vorigen Session, die über die Militärfrage weder zu einer rechten Verständigung noch zu einem Bruche gelangen konnten. Ein Ministerium, welches die Kammern nicht mehr für sich hatte, konnte für den König keine Bedeutung und kein Gewicht haben — es verlor zudem die Dinge mehr und mehr aus der Hand, während in seinem Inneren mit der Steigerung der

56) August Becher, Reichsregent von 1849.
57) Karl Lichtenstein (1816—1866).
58) Jos. Martin Mack (1805—1885).
59) Wohl Gauß (Staatshandbuch für 1862, S. 98).
60) Gustav Geib (1808—1864).
61) Sturz des Ministeriums der „Neuen Ära".

Schwierigkeiten der Antagonismus wuchs. So mußte man dem ersten Stoße erliegen und ist ihm erlegen. Was hilft es aber, die Dinge vorauszusehen, wenn man nicht imstande ist, sie zu wenden. Das Ministerium hatte überhaupt nur zwei Wege, sich zu halten. Es mußte entweder dem Lande von vornherein organisatorische Gesetze (die Kreisordnung) geben, mit deren Durchführung dasselbe eine volle Beschäftigung erhielt, oder eine tüchtige auswärtige Politik machen. Das Letztere lag entschieden in seiner Hand. Es durfte nicht so weit gehen in der Verstärkung des Militärbudgets, als es gegangen ist, wenn es diesem in der inneren oder auswärtigen Politik nicht sehr bestimmte Gegengewichte zu geben vermochte. Das liberale Ministerium hat sich wenig regierungsfähig gezeigt, die liberale Mehrheit hat sich im Grund ebenso untüchtig erwiesen.

Was die Zukunft bringen wird, ist schwer zu sagen. Die Dezemberwahlen sind kein unzweideutiger Ausdruck unserer öffentlichen Meinung gewesen. Es ist viel Schwindel dabei untergelaufen. Gelingt es der konstitutionellen Partei, in leidlich ansehnlicher Zahl in das Unterhaus zu kommen, so dürften wir leidlich genug die Krisis bestehen, ohne uns im Innern zu weit zu zerspalten und nach Außen zu sehr zu schwächen. Die Konstitutionellen würden in der vorausgesetzten Stellung imstande sein, dem ausbrechenden Zwiespalt zwischen Krone und Volk die Spitze abzubrechen und in den bereits ausgebrochenen Kampf zwischen Feudalismus und Demokratismus mit einer verständigen Vermittelung einzutreten. . . .

Duncker an Klüpfel.

19. Oktober 1864.

. . . In den letzten Monaten ist immerhin Einiges geschehen, worüber man sich freuen kann, Schleswig-Holstein gehört den Dänen nicht mehr, und der Zollverein ist wieder hergestellt. Das Zusammentreffen der Zollvereinsfrage mit den Friedensunterhandlungen in Wien war sehr ungünstig, indes wird der Friede doch wohl in den nächsten Tagen fertig sein, wenn der Abschluß der Zollverträge ohne Rücksicht auf Österreich den Herzogtümern auch eine oder zwei Millionen Taler, die sich ohne dies Zusammentreffen den Dänen noch hätten abhandeln lassen, mehr kosten wird. Da die europäisch-italienische Krisis nicht so rasch in den Vordergrund treten wird, dürfte man sich dann bei uns zunächst mit den inneren Fragen beschäftigen. Anfang Dezember wird der Landtag wohl wieder zusammentreten. Es ist nicht gerade von Vorteil für seine Stellung, daß die Regierung imstande gewesen ist, nicht nur ohne ihn, sondern gegen ihn nicht nur seine [!] Politik durchzusetzen, sondern auch Krieg zu führen. Meines Erachtens würden die Abgeordneten gar kein schlechtes Geschäft machen, wenn sie gegen Anerkennung der Militärorganisation eine unumwundene Anerkennung ihres Budgetrechtes erlangten. Aber man ist dazu schwerlich in ihren Kreisen entschlossen. Man glaubt innerhalb der Fortschrittspartei zwar nicht mehr an den Sieg. Sybel ist bereits zurückgetreten, die Ressorts in der Justiz und Administration sind scharf gegen die Beamten angezogen, und die Minister treten mit zwei großen Erfolgen vor die Kammer. Die Opposition wird die Mehrheit haben, und die Regierung fortfahren, auf ihre Hand zu wirtschaften. Man wird schwerlich auflösen und man wird ebenso wenig Oktroyierungen machen, um eine gefügigere Kammer zu erhalten, sondern dies von der Zeit erwarten.

Ob unser Verhältnis zu Österreich nach der in Wien so schwer empfundenen Niederlage in der Zollfrage die Unterschrift des Friedens überdauern wird, steht sehr dahin. Träte Österreich zum Bundestage zurück, so könnte dieser wieder größere Bedeutung erlangen.

Sehr dankbar wäre ich Ihnen, wenn Sie mir bald ein Wort über die Stimmungen und Strebungen in Süddeutschland zugehen ließen, über welche ich gegenwärtig ohne feste Anschauung und nähere Kunde bin. Wie liegen die Dinge bei Ihnen, in Baden, in München?...

Klüpfel an Duncker.

28. Oktober 1864.

... Daß bei uns infolge des Thronwechsels manche Veränderungen eingetreten sind, werden Sie in den Zeitungen gelesen haben; im Grunde beschränken sie sich auf Personenwechsel, politische Taten sind nicht geschehen. Der anfangs nicht ungünstige Eindruck des neuen Königspaares ist bereits abgeschwächt, da man die Beobachtung macht, daß Laune und Einfluß von Leuten, die gerade augenblicklich in Gnade stehen, eine große Rolle spielen. Man rühmt von dem neuen Herrn Wohlwollen und Gutmütigkeit und das Bestreben, sich populär zu machen; seine Einsicht und Urteilsfähigkeit über Personen und Verhältnisse werden nicht hoch taxiert. Zunächst erscheint er sehr beeinflußt von seiner Gemahlin und deren Umgebung und den neuen Ministern Varnbüler und Neurath. Anfangs war letzterer die Hauptperson, er hat das alte Ministerium gestürzt und das neue zusammengesetzt, bald wird er sich aber unter Varnbüler ducken oder weichen müssen. Varnbüler ist unstreitig der begabteste von allen; über seine politischen Intentionen ist man noch im Unklaren, er ist zwar Junker, aber politische Grundsätze hat er eigentlich nicht und wird eben den Weg einschlagen, der ihm für Erhaltung seiner Stellung, Vermehrung seines Einflusses und seines persönlichen Vorteils am zweckmäßigsten scheint. In der auswärtigen Politik soll er für russische Instruktionen sehr empfänglich sein, in der schleswig-holsteinischen Frage für preußische Annexion der Herzogtümer schwärmen, die man in Stuttgart auch von Rußland begünstigt glaubt, in der Absicht, von Preußen sich durch Abtretungen in Polen dafür bezahlen zu lassen. Sonst galt Varnbüler für österreichisch gesinnt, aber nun ist Bismarck sein Mann, und er würde wohl nicht abgeneigt sein, für dessen Zwecke zu arbeiten, wenn nicht das Interesse der Mittelstaaten überhaupt mehr auf Österreich hinwiese als auf das durch seine jetzige Politik gefährlichere Preußen. Weit mehr aus Grundsatz österreichisch ist sein Kollege Neurath.... Der neue Minister des Inneren Geßler ist eine bedeutende Arbeitskraft, aber dabei brutaler Bürokrat. Für das nur provisorisch besetzte Finanzministerium soll der Professor Schäffle in Aussicht genommen sein, der schon jetzt durch seinen Freund Golther, den Kultminister, großen Einfluß übt und faktisch der geheime Kanzler der Universität ist; während der Bruder des Ministers Geßler nomineller Kanzler ist. Golther, der gerne populär sein möchte und darum auch mit den Demokraten kokettiert und dafür in deren Blättern bekomplimentiert wird, ist auf der Universität sehr unpopulär. Seine Politik ist, womöglich keine fremde Professoren, namentlich keine preußisch gesinnten, zu berufen und die Sache womöglich mit Inländern abzumachen....

Ausgesprochene politische Strebungen und Agitationen sind in Süddeutschland gegenwärtig nicht vorhanden; man weiß nicht, wofür man arbeiten sollte, das Ministerium Bismarck hat trotz seiner Erfolge in Schleswig-Holstein keine Sympathien; Österreich hat sehr an Boden verloren, eine großdeutsche Partei, die ein Prinzipat Österreichs erstrebte, existiert nicht mehr, die Demokraten, die früher im Gegensatz zum Nationalverein österreichische Sympathien zur Schau trugen, sind von diesen ganz geheilt. . . .

Duncker an Reyscher.

29. August 1866.

. . . Die süddeutschen Staaten werden sich nicht zu beschweren haben über die Friedensbedingungen, die man ihnen auferlegt hat. Ob dieselben dazu beitragen werden, einer verständigeren Ansicht dauernd bei Ihnen die Oberhand zu verschaffen, wage ich von hier aus nicht zu beurteilen. Ich sehe im Süden nur eine organisierte Partei, die der Klerikalen, die in Bayern dominiert, in Baden stark und in Württemberg nicht unbedeutend ist; ihre Sympathien werden in jeder Krisis Österreich gehören. Daneben stehen höfische und militärische Partikularisten, ein nach den Schweizer Verhältnissen strebender Radikalismus und, soweit ich zu blicken vermag, der Zahl nach sehr wenige erprobte und bewährte Anhänger des Bundesstaats. Wenn sich diesen für den Augenblick die große Masse derer anschließt, welche Preußen vor acht Wochen vernichten wollten, so möchte ich dieser Wendung kaum nachhaltigere Kraft zutrauen, so möchte ich fürchten, daß die Koalition der Schwarzen und Roten wie in der vorübergegangenen Krise so auch in der Folge wiederum in kritischen Momenten die leitende Macht werden könnte.

Bis die Meinung und Haltung im Süden sicherer und zuverlässiger geworden ist, glauben wir nichts Besseres für Deutschland tun zu können, als ein so starkes Staatswesen aufzurichten, wie es die deutsche Geschichte noch nicht gesehen hat. Je stärker, desto mächtiger wird seine Attraktionskraft auf die übrigen deutschen Staaten sein, desto besser wird es in der Lage sein, die europäische Frage der deutschen Gesamteinigung durchzufechten.

Inzwischen bleiben wir durch den Zollverein, die Eisenbahnen, durch Frankfurt und Mainz, durch Darmstadt, welches für Oberhessen in den norddeutschen Bund tritt, mit dem Süden in guter Verbindung. Die Frankfurter Kontribution, deren Sie erwähnen[62]), war nicht zu einem ökonomischen, sondern zu einem politischen Geschäft bestimmt. Man wünschte, Frankfurts vorausgesetztes Widerstreben gegen die Einverleibung zu beseitigen, indem man die Alternative möglichst scharf stellte.

Rascher würde sich die volle Einigung zwischen Süd und Nord vollziehen, wenn wirklich eine Einmischung Frankreichs erfolgen sollte. Für diesen Fall habe ich mich hier für den Süden verbürgen zu können geglaubt. Je weniger wir nun politisch zusammenhängen, um so nötiger ist der Verkehr der Freunde im Süden und Norden. Sie würden mich verpflichten, wenn Sie mir in diesem Sinne von Zeit zu Zeit eine Mitteilung über die Stimmungen wie Ihr Urteil über die Sachlage zugehen ließen. . . .

62) Reyscher hatte in einem Brief vom 4. August 1866 (teilweise gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 427) sich über die „sibyllinische Steigerung" der Kontribution in Frankfurt beklagt.

Klüpfel an Duncker.

2. Oktober 1866.

... Gerne möchte ich Ihnen jetzt berichten, daß sich die Einsicht und Stimmung bei uns gründlich gebessert habe, aber leider kann ich nicht viel davon rühmen. Zwar gibt es bei uns einen kleinen Kreis vernünftiger Leute, welche bemüht sind, eine vernünftigere Einsicht zu verbreiten, aber im ganzen herrscht doch noch die alte Unvernunft, und es scheint mir, daß unmittelbar nach dem Kriege die richtigere Auffassung der Dinge verbreiteter gewesen ist als jetzt. Die Leute meinen, sie seien ja eigentlich doch nicht besiegt, und glauben, in beharrlichem Widerstand gegen eine Verständigung mit Preußen Charakter und Konsequenz zeigen zu müssen. Die glimpfliche Behandlung Württembergs im Friedensschluß wird nicht gehörig gewürdigt, man meint, Preußen habe es eben doch nicht gewagt, Württemberg zu besetzen und zu bedrängen, und ist ordentlich übermütig darauf. Die Majorität unserer Stände setzt eine Ehre darein, nicht so fügsam zu sein wie die Bayern und sich nicht für Anschluß an Preußen auszusprechen; Hof und Regierung schwanken zwischen zweierlei Richtungen, einerseits hat man eine Freude an der partikularistischen Haltung des Volkes und an dem Wühlen des Beobachters gegen Preußen und nimmt die republikanisch gemeinte Opposition gegen Preußens strafferes Regiment für Anhänglichkeit an die Dynastie, andererseits richtet man sich darauf ein, als ob man Land und Leute nächstens an Preußen überlassen müßte. Man beginnt neue Eisenbahnbauten, um die künftige preußische Regierung zur Fortsetzung der angefangenen Bahnen zu nötigen, man will die Dotation der Universität und anderer Unterrichtsanstalten vermehren, um für den Fall einer preußischen Okkupation ihren Bestand zu sichern, man will in Rechtspflege, Verwaltung und Verfassung in aller Eile Reformen durchführen, um sich noch populär zu machen, um den Preußen zuvorzukommen, man will das preußische Wehrsystem einführen, um den Übergang einzuleiten.

Unser König ist eine gänzliche Null, es fehlt ihm nicht nur an entschiedenem Willen, sondern auch an bestimmten Ansichten und Sympathien. Varnbüler soll nun ganz bereit sein, allen Wünschen Preußens zu willfahren, er instruiert auch seine Anhänger, in der Kammer für den Anschluß an Preußen zu wirken. Neben Varnbüler aber üben am Hof und in der Bürokratie mancherlei preußenfeindliche, partikularistische Elemente Einfluß, und es lassen sich Stimmen hören, nächstes Frühjahr werde der Krieg gegen Preußen wieder losgehen.

Unter dem Militär herrschen wenigstens bei dem intelligenten Teile der Offiziere die preußischen Sympathien vor; eine Militärkonvention, eine Einverleibung der württembergischen Armee in die preußische würde wenig Schwierigkeit finden. Die Erfahrungen des letzten Krieges haben über die Unzulänglichkeit unseres Militärwesens gründlich belehrt. Die Beobachterspartei freilich will nichts von preußischem System wissen und schwärmt für ein schweizerisches Volksheer!

Ich war der Meinung gewesen, in Baden sei das politische Verständnis weiter als bei uns, aber das, was ich kürzlich in Heidelberg und Karlsruhe von meinen Freunden hörte, hat mich überzeugt, daß es dort nicht viel besser ist, abgesehen von dem Großherzog und dem Ministerium. ...

Duncker an Klüpfel.

10. November 1866.

... Was Sie mir meldeten, war mir ... von großem Werte. Es bestätigte mir, daß die Rücksicht, die man im Friedensvertrage genommen hatte, der Verzicht auf eine bessere Grenzregulierung zwischen Württemberg und Hohenzollern, keinerlei versühnende Wirkung geübt hatte, daß man vielmehr aus dieser Rücksicht nur geschlossen, daß Preußen es nicht gewagt hatte, Württemberg stärker und härter anzufassen. Meines Ortes habe ich nicht gezweifelt, daß die Verstimmung in Württemberg auch den mildesten Bedingungen gegenüber fortdauern werde; aber jedenfalls ist erreicht, daß, wenn Württemberg in der nächsten Krisis wiederum eine verkehrte Stellung einnehmen sollte, Preußen diese nicht provoziert haben wird. Das Verfahren, welches Ihre Regierung gegen Pauli eingeschlagen hat[63]), die Verweise, welche verschiedene Prediger wegen angeblich preußenfreundlicher Gesinnung erhalten haben sollen, zeigt [!], daß man auch in den oberen Regionen an kein Einlenken denkt; obwohl hier im Grunde auf ein solches gerechnet wurde. Man hielt dies für desto wahrscheinlicher, als zwischen dem König und der Königin nicht mehr das alte Verhältnis obwalten, ersterer vielmehr geneigt sein soll, eine selbständigere Stellung einzunehmen.

Die wesentliche Direktion der öffentlichen Meinung bei Ihnen wie im Süden überhaupt wird einst schwerlich von Ihrer Regierung abhängen, sondern, wie mir scheint, von dem Gange, den das deutsche Parlament einschlagen wird. Nimmt dasselbe eine tüchtige und führende Stellung, erhält dasselbe die Befugnisse, welche Bismarck ihm zugedacht hat, so wird der Süden diesem Vorgange und diesem Eindruck schwerlich lange widerstehen können. Es fragt sich freilich, wie lange Zeit uns für diese friedlichen Evolutionen gegönnt sein wird. In der Wiener Hofburg hat man keinen anderen Gedanken als Revanche, man trachtet eifrigst nach dem Bündnis mit Frankreich. Man hofft, daß der Kriegseifer aller Parteien in Frankreich den Kaiser drängen, daß der Klerus und dessen Einfluß auf die Kaiserin vollenden sollen, was etwa der Neid der Parteien gegen Deutschland nicht vollständig zu erreichen vermöchte. Indes ist die Voraussetzung des austrofränkischen Bündnisses die Versöhnung Wiens mit Ungarn. Beust wird Alles tun, diese Versöhnung zu erreichen, aber es dürfte dies doch, wenigstens nach dem, was wir aus Ungarn hören, kaum gelingen.

Sie leisten Deutschland einen guten Dienst, wenn Sie Ihre Einheitsbestrebungen wieder aufnähmen, und meines Ortes bin ich gern bereit, Ihnen Materialien über die hiesigen Intentionen zur Verfügung zu stellen. ...

Klüpfel an Duncker.

3. Dezember 1866.

... Unsere dermalige württembergische Politik ist trostlos, oder wenn man pessimistisch sein will, wie man sie sich nicht schlimmer wünschen könnte. Für

63) Dunckers Tübinger Nachfolger Reinhold Pauli war wegen eines scharfen öffentlichen Angriffs auf die Regierung gemaßregelt worden. Über den „Fall Pauli" enthält der Briefwechsel zahlreiche Äußerungen. Da sie das Urteil über

einen Anschluß an Preußen macht man keine Anstalt, für Einrichtung eines Südbundes Schritte zu tun, wagt man auch nicht und wüßte auch nicht wie angreifen, zu den inneren Reformen, von denen man noch im Herbst viel sprach, kommt es wohl nicht; alle die kühnen Planen werden sich etwa auf Aufhebung der Kreisregierungen reduzieren. Im Militärwesen will man die allgemeine Wehrpflicht einführen und meint dann mit 5monatlicher Präsenzzeit, Fernunterricht und schweizerischen Hinterladungsgewehren ein treffliches Heer von 100000 Mann ins Feld stellen zu können. Die nächste Versammlung der Abgeordneten wird nicht vor Mai nächsten Jahres zusammenkommen und dann mit Erledigung des Budgets so viel zu tun haben, daß keine Zeit zu Verfassungsreform und deutscher Politik mehr übrig bleibt....

Duncker an Reyscher.

25. April 1867.

Mit dem Abschlusse, den die Verhandlungen des Reichstags gefunden haben, werden Sie hoffentlich einverstanden sein[64]). Einerseits ist die Verpflichtung der verbündeten Regierungen für die Beitragszahlungen des regelmäßigen Aufwandes für das Bundesheer festgehalten worden, andererseits tritt die Ausgabebewilligung des Reichstags auch für diesen am 1. Januar 1872 in Kraft. Überhaupt hat die Verfassung einen etwas liberaleren Charakter erhalten.

Mein eigener Standpunkt ist in dieser vielbesprochenen Budgetfrage einigermaßen abweichend. Ich will die volle jährliche Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben, verlange aber zugleich, daß der Bestand der Armee gesetzlich feststeht (d. h. eine gesetzliche Bestimmung der Friedensstärke, sei es im Wehrgesetz, sei es in der Verfassung selbst), daß der festgestellte Bestand gilt als Norm für das Kriegsbudget, bis ein anderer vereinbart ist. Diesen Standpunkt habe ich während des ganzen Militärkonflikts innerhalb und außerhalb der Regierung vertreten. Der gegenwärtig getroffene Abschluß vertagt den Kern der Frage, erleichtert aber wesentlich die Annahme durch die zunächst beteiligten 22 Ständeversammlungen und wird denselben [!] weiterhin auch bei den süddeutschen Kammern erleichtern.

Das Alles steht nun jetzt in zweiter Linie gegen Luxemburg. Ich zweifle nicht an der festen Haltung des Nationalgefühls bei Ihnen, aber ich möchte den Süden doch nicht auf bedenkliche Proben gestellt sehen. Diese würden eintreten, sobald es den Franzosen gelänge, über Straßburg einzubrechen und etwa in Bayern den Österreichern die Hand zu reichen. Daß Herr von Beust den siebenjährigen Krieg zu erneuern trachtet, daß mit dem Übergang der Franzosen über den Rhein die Partei der Revanche und der klerikale Haß in Wien das Übergewicht gewinnen würden, scheint mir unzweifelhaft.

---

die aus der Literatur bekannten Vorgänge kaum bereichern, konnte auf ihre Wiedergabe verzichtet werden.

64) Reyscher hatte in einem Brief vom 10. April 1867 (teilweise gedruckt Dunckerbriefwechsel S. 439) sich für eine liberalere Ausgestaltung der Verfassung des Norddeutschen Bundes eingesetzt. Vgl. oben S. 15.

... Die Übersendung der Heilbronner Beschlüsse[65]) war sehr zweckmäßig; helfen Sie nun auch weiter, daß Württemberg in diesem Jahre auf der rechten Seite ausharrt, daß die militärischen Vorbereitungen energisch betrieben werden. Haben Sie etwas, von dem Sie meinen, daß es zweckmäßig hier bekannt ist, so lassen Sie es sich nicht verdrießen, mir wieder ein paar Worte zu sagen....

Duncker an Reyscher.

15. März 1868.

Den besten Dank für Ihre Rede und die Schilderung Ihrer Wahlkämpfe. Sie haben keine leichte Aufgabe. Es ist schwer, gegen die Verwaltungsmaschine, gegen die Demokratie, gegen den Klerus, gegen die Parole: Württemberg darf nicht untergehen, gegen neue Lasten und gegen die alte Abneigung gegen Preußen sich durchzuringen. Ihre freundliche Mitteilung zeigt mir im Detail den Verlauf des harten Kampfes, den die deutsche Partei auszufechten hat. Um so größer ist das Verdienst, vor dieser unbequemen Aufgabe, welche die deutsche Geschichte uns leider gestellt hat, nicht zurückzutreten, vielmehr mutig auf jeden Nachteil hin einzutreten. Dieses tapfere Verhalten der deutschen Partei in Württemberg erwirbt derselben hier überall die größte Hochachtung. Wie weit der Erfolg Ihren Anstrengungen entsprechen wird, kann ich von hier aus am wenigsten übersehen. Aber Ihre Anstrengungen sind in keinem Falle verloren. Welche andere Schule könnte für Schwaben die Belehrungen des Wahlkampfes ersetzen? Es ist durchaus richtig, daß Sie in jedem Wahlbezirk Ihre Kandidaten aufgestellt haben, selbst wenn Sie nur in 4 oder 5 Bezirken durchdrängen. Es ist von größtem Werte, daß einige Führer der deutschen Partei das Wort für Schwaben im Zollparlament nehmen, und Sie müssen es mir schon zugute halten, wenn ich wünsche, daß Sie sich unter diesen befänden. Ich möchte Sie gern hier willkommen heißen.

Die Hoffnung freilich werden wir nach dem Wahlausfall in Bayern und Baden aufgeben müssen, daß die süddeutschen Vertreter die Gesamteinigung der Nation dem Grafen Bismarck entgegentragen. Aber andererseits wird auch auf zurückhaltende süddeutsche Gemüter das Tagen in der Gesamtvertretung des deutschen Volkes ihre [!] Wirkung nicht verfehlen, und auf zu lange hinaus kann sich die preußische Politik dem Süden gegenüber nicht zur Untätigkeit verurteilen. Wie die Dinge gehen mögen, wir dürfen immer zufrieden sein, 20 Jahre nach Frankfurt wieder ein deutsches Parlament ohne Österreich zu besitzen.

Reuchlin an Duncker.

15. August 1870.

... Meine italienischen Studien haben mich gelehrt, wie die Idee des H. römischen Reichs deutscher Nation, welche über alle Sprachgrenzen hinausgreift, überall Mißtrauen gegen uns erweckt. Diese von Habsburg als melkende Kuh eingetane Idee hat eine ihrer fettesten Triften in Lothringen, welches, beiden

65) Eine Heilbronner Versammlung der Deutschen Partei vom 17. April hatte ihre Erklärung, die württembergische Regierung möge den Eintritt in den Norddeutschen Bund beschleunigen, dem Norddeutschen Reichstag übersandt (Rapp a. a. O. S. 225).

Nachbarstaaten feudal verpflichtet, stets mehr zu Frankreich neigte, bis es von diesem aufs Äußerste bedroht wurde. Daß die Großdeutschen ganz Lothringen oder doch einen schönen Teil des französisch redenden Mittellothringen verlangen, gehört zu ihrem Gewerbe. Das Deutschland unter Hohenzollerns Schild und Fahne sollte allen Völkern dartun, daß es ein modern nationaler Staat ist. Also von Longwy bis Pfalzburg und dann den Vogesen nach. Metz?? Luxemburg? Den Bayern Weißenburg als Feldzugsmedaille. Preußen würde damit eine schwere Ehrenpflicht übernehmen, welche besonders von Baden anerkannt würde. Ob wir gleich nicht eitel sind, würde uns einiges in Schwaben wohltun.

Ich bin oft bei Verwandten im Elsaß gewesen. Obgleich der Preußenhaß endemisch ist, so wird sich Preußen Respekt zu verschaffen wissen. Wenn wir uns in den nötigen Sprachgrenzen ruhig halten, kommen die jetzt beunruhigten Belgier und Holländer von selbst herbei. In der Schweiz haben sie bange wegen Neuenburgs und Schaffhausens.

Dieses sind meine Grundüberzeugungen, die Motive meiner Abweichung von der Linie Longwy-Belfort, meiner Polemik gegen politische Romantik; und ich bin nicht allein. . . .

Duncker an Reyscher.

7. Oktober 1870.

. . . Wohl dürfen wir uns doppelt glücklich preisen, die Zeit zu erleben, da Deutschland im Begriff steht, das Ziel zu erreichen, nach dem wir so lange und unverdrossen und mit manchem Opfer gestrebt. Wir haben Frankfurt gehabt und Gotha und Erfurt und Olmütz und was darauf folgte; und welche Kämpfe hatten Sie in Württemberg zu führen und haben Sie auch nach der Zeit geführt, in welcher ich in Tübingen lebte! Ich denke, Sie können mit Befriedigung gerade auf die Bemühungen dieser letzten Jahre zurücksehen, und der Schwäbische Merkur hat sich kein geringes Verdienst um die Zeitigung der Früchte erworben, welche jetzt zu reifen beginnen.

Aber wenn wir auch Frankreich gegenüber der Erreichung des Zieles sicher sind, bei uns in Deutschland sehe ich die Vollendung der Einheit trotz allen Jubels noch nicht sehr nahe. Wir können nicht wohl von der Verfassung des norddeutschen Bundes abgehen, und wenn auch die Mehrheit in Württemberg, ein Teil des bayerischen Volkes entschlossen ist, diesen Weg zu betreten, so muß ich zweifeln, ob der Hof in Stuttgart, und noch bestimmter besorgen, ob der zu München zu analoger Entschließung bereit sei. Wohl möglich, daß man an der Isar in einer Stunde der Erregung in thesi sich geneigt zeigt, bei der Feststellung der Modalitäten werden sich dann Schwierigkeiten und Hindernisse in Menge finden. Ob der Druck der Bevölkerungen ausreichend sein wird, diese zu überwinden, werden Sie besser beurteilen als ich. Für München reicht die Pression schwerlich, und hält man dort zurück, so wird dies auch wieder retardierend auf Stuttgart influieren. Sie werden mich sehr skeptisch finden, aber ich scheue Illusionen, und niemand kann lebhafter wünschen, durch die Ereignisse nur gründlichst widerlegt zu werden als ich.

Daß Elsaß und Lothringen als Reichsland in spe behandelt werden, ist mir ganz recht. Es ist eine gemeinsame Erwerbung, und diese Stellung vermeidet

Grenzveränderungen, die man bei uns nicht sucht und die für die süddeutschen Staaten positiv schädlich sein würden. Nur scheint es mir schwierig, die Elsässer bei dieser etwas abstrakten Stellung zu gewinnen und zu assimilieren. Was sie an Frankreich fesselte, war das Bewußtsein, einem Staate ersten Ranges direkt anzugehören. Bietet die Stellung als Reichsland dafür genügendes Äquivalent? Andererseits erkenne ich gern, daß für Deutschlands Einigung dieser gemeinsame Besitz höchst förderlich werden kann.

Wenn wir dann glücklich in den Hafen der Einheit einlaufen, müssen Sie uns schon mit unsern guten und schlechten Eigenschaften, mit unserm kritischen Räsonieren wie mit unserer Disziplin, mit unserem Bürokratismus und unserem Junkertum willkommen heißen. Diese Verwaltungsmaschine hat doch wieder bei der Einberufung und Rüstung des Heeres vortreffliche Dienste geleistet, und unsere Junker haben sich doch wieder als recht gute Soldaten gezeigt und in sehr starker Zahl geblutet wie 1813 und früher. Sie halten mich wohl nicht besonderer Neigung für das Herrenhaus verdächtig, aber wie es ohne dieses möglich gewesen wäre, der sechs volle Jahre hindurch konsequent unverständigen Mehrheit der Abgeordneten gegenüber die Umbildung der Armee, die Voraussetzung und das Mittel der Wiederaufrichtung Deutschlands, durchzusetzen, an den Krieg von 1866 auch nur zu denken, vermag ich wenigstens nicht zu sehen. Auch in dem gegenwärtigen Kriege beruht die Überlegenheit unserer Waffen wesentlich auf unserem besseren Offizierkorps, deren [!] überwiegender Bestandteil dem bezeichneten Stande angehört....